

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 11944

Berlin, den 10. Mai 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Arbeiterbildung und Gewerkschaften

Zur Eröffnung der Bundesschule in Bernau

Das Wesen der Welt ist nicht unveränderliches Sein, sondern ewiges Werden und Geschehen. So ist auch unser heutiges Leben umstürmt von einer Mannigfaltigkeit der Aufgaben, wie sie frühere Zeiten wohl kaum in diesem Maßstabe gekannt haben. Wir stehen in einem Kräftegewoge. Ueberall bemerken wir ein Suchen und Tasten nach neuen Formen und Werten. Auch im Bildungswesen sind diese dynamischen Kräfte wirksam und haben uns vor eine Fülle von Problemen gestellt, an deren Lösung mitzuarbeiten für die Arbeiterschaft von immer größerer Bedeutung geworden ist. Mit berechtigtem Stolz können die Gewerkschaften auf das bisher in dieser Richtung geleistete zurückblicken. Die Arbeiterbildungseinrichtungen aller Art, wie Gewerkschaftsschulen, Volkshochschulen, Sonderkurse u. a. m., die Arbeiterakademie in Frankfurt am Main, von weitschauenden Führern der Bewegung schon frühzeitig erkannt und ins Leben gerufen, haben sich zu einem bedeutsamen Faktor in der Arbeiterbewegung entwickelt; einer der vielen Meilensteine in der Bewegung, die den Aufstieg der Arbeiterklasse kennzeichnen. Denn Staat und Gemeinde haben darin versagt oder doch nur Unzureichendes geleistet. Auch in heutiger Zeit ist die Volksschulbildung bei weitem nicht ausreichend, um den Erfordernissen zu genügen, welche die Arbeiterschaft an sie zu stellen berechtigt ist. Sie ist auch heute noch mangelhaft. So zeigen beispielsweise Beobachtungen, die man im täglichen Leben immer wieder machen kann, mit erschreckender Deutlichkeit, daß sonst in jeder Hinsicht geweckte und beruflich auf der Höhe stehende Arbeitskollegen es nicht verstehen, mündlich oder gar schriftlich ihrer Meinung richtig Ausdruck zu geben. Es fehlen hierbei die Grundlagen. Um diesem Uebelstand einigermaßen abzuhelpen, hat kürzlich die Verlagsanstalt Courier des Gesamt-Verbandes ein kleines Heftchen herausgebracht mit dem Titel: 24 Stunden Deutsch. In diesem werden dem Leser in gemeinverständlich Weise die Grundlagen seiner Muttersprache vor Augen geführt und zum Bewußtsein gebracht. Das Buch hat weit über den Gesamt-Verband hinaus Verbreitung gefunden und ist auch von anderen Verbänden zur Einführung empfohlen worden. Es ist dies ein Beweis, daß selbst auf dem Gebiet der Elementarbildung noch Nachhilfe notwendig ist und die Gewerkschaften, wie hier der Gesamt-Verband, alles Mögliche anbieten, um bei ihren Mitgliedern das Fehlende zu ergänzen und sie in ihrer Bildung aufwärts zu führen.

Es bedarf wohl keines Beweises, daß zu solchen Aufgaben allerdings nur große und mächtige Organisationen in der Lage sind. Möge dieser Hinweis für die noch in der Entwicklung begriffenen kleinen Verbände eine Mahnung sein zu engerem Zusammenschluß.

Die Gewerkschaften haben sich somit selbst geholfen und Staat und Gemeinde ein gut Teil der Bildungsarbeit abgenommen. Wie auf dem Gebiet der Sozialpolitik, so waren auch hier die Gewerkschaften die treibende Kraft, um das Rad der Geschichte vorwärtszutreiben, diesen Zustand zu bessern und Abhilfe zu schaffen. Und so ließ denn die Opferwilligkeit und der Bildungsdrang ihrer Mitglieder nach und nach alle die verschiedenen Bildungsanstalten und -einrichtungen entstehen, wie sie heute jedem Arbeiter bekannt sind. Denn Wissen ist Macht und verleiht dem, der dieses Wissen hat, stets eine gewisse Ueberlegenheit über den, der weniger weiß und weniger gebildet ist. „Der menschliche Geist ist eine furchtbarere Waffe als die Klaue des Löwen“, sagt der Philosoph Schopenhauer. Das sollten diejenigen sich in besonderem Maße vor Augen halten und beherzigen, die den Bildungsbestrebungen ihrer Klassengenossen immer noch gleichgültig gegenüberstehen oder sie gar verurteilen, wie das von linksradikaler Seite manchmal geschieht. Zur Bildung gehört nicht nur Schreiben und Lesen. Um wirtschaftliche, politische rechtliche und geschichtliche Fragen, selbst der einfachsten Art, auch nur einigermaßen verstehen und beurteilen zu können, ja um überhaupt als Staatsbürger am gesamten Kulturleben den rechten Anteil zu haben, dazu reichen in heutiger Zeit Volksschulbildung, Selbstbeobachtung und regelmäßiges Zeitunglesen nicht aus. Die Bildung bedarf daher einer Ergänzung, wie sie die Arbeiterbildungseinrichtungen in höherem oder geringerem Grade darbieten. Im übrigen ist es gar nicht so schwierig, wie immer noch viele glauben, sich ein gewisses Maß von Bildung anzueignen. Selbst in den höchsten Erzeugnissen des wissenschaftlichen Geistes ist nichts, was nicht ein jeder nachdenken und begreifen könnte. Ein fester Wille und Tatkraft sind auch auf diesem Gebiet die beiden Hauptfaktoren, die die entgegenstehenden Schwierigkeiten meistern. Dies gilt im besonderen für diejenigen unter der jüngeren Generation, die sich innerlich dazu berufen fühlen, dereinst an führender Stelle die Interessen ihrer Klassengenossen zu vertreten und im Kampf der Geister ihren Mann zu stehen. In diesem Kampf ist ein gewisses Maß von Bildung unerläßliche Voraussetzung, wenn man den Gegnern Erfolge abringen und der Sache, der man dient, zum Siege verhelfen will. Werden doch die Ideen- und Interessenkämpfe zumeist auf geistigem Gebiet ausgetragen, sind also Geistes-kämpfe, meist von hoher Warte aus wissenschaftlich durchdacht und vorbereitet.

Ihre ganz besondere Bedeutung aber hat diese Bildungsarbeit, wie sie in diesen Schulen und sonstigen Einrichtungen im Interesse der Arbeiterschaft gepflegt wird, dadurch, daß dem strebsamen Arbeiter an dieser Stelle ganz besonders die Aufgaben offenbar werden, die seiner Klasse von der Dor-

setzung gestellt sind. Wenn nicht alle Zeichen trügen, will der Mensch der Gegenwart in steigendem Maße vor Aufgaben gestellt sein, die seinem Leben einheitliche Richtung und feste Form geben können. Wo fände der moderne Arbeiter aber bessere Belehrung und Aufklärung über die Aufgaben seiner Klasse, als in diesen Bildungsstätten? Da die Arbeiterschaft die Stellung ablehnt, die die Gesellschaft ihr zuweist, so kommen aus dieser Ablehnung heraus ganz von selbst die Aufgaben, die sie sich und damit auch ihren Gliedern setzt. Sie sieht sich im Kampf um eine neue Ordnung als Träger von Klassenaufgaben. Und in diesem Kampf sind sich die Arbeiterbildungseinrichtungen bewußt, daß damit das richtunggebende Ziel für sie gesteckt ist. Die Arbeiterbildung wird den einzelnen hinführen und vorbereiten zur Mitarbeit, die seiner Klasse aus dem Wollen erwachsen, die Gesellschaft umzuformen. Und diese Aufgaben sind so verschiedenartig und groß, daß sie des Schweizes der Edlen wert sind. Wird doch keine Klasse der Gesellschaft so stark von dem Bewußtsein getragen, vor gesellschaftliche Aufgaben gestellt zu sein, wie die Arbeiterschaft, der gerade die Ablehnung des Bestehenden dies Bewußtsein lebendig macht. Sie weisen auch in ihren Kleinigkeiten den einzelnen über sich selbst hinaus und ordnen sein Leben sinnvoll in eine höhere Aufgabe ein. Mit einem Worte: Der einzelne wird gesucht zum Funktionär der Arbeiterbewegung. Erst durch das Einordnen in die Bewegung wird dem einzelnen wieder die Möglichkeit gegeben, zu wirken und sein Leben mit einem wirklichen Inhalt erfüllt.

In Ansehung all dieser Tatsachen und der wachsenden Bedeutung, die das Bildungswesen im Leben des Arbeiters und der Organisationen einnimmt, ist der ADGB in letzter Zeit selbst dazu übergegangen, von sich aus eine Bundesschule zu errichten. Große Erwartungen werden an diese neue Einrichtung geknüpft. Sie ist dazu ausersehen, die in den Betrieben wirkenden Funktionäre auszubilden. Hier werden diese für die Gewerkschaften so bedeutungsvollen Berater und Führer in den Fragen der Sozialpolitik, des Arbeitsrechts, der Betriebshygiene und den verwandten Lehrzweigen näher unterrichtet und für die Aufgaben eines Versammlungsvorsitzenden, eines Schlichters, Arbeitsrichters, Jugendleiters oder Referenten vorgebildet. Die Schüler, bei denen alle Altersstufen des berufstätigen männlichen und weiblichen Arbeiters vertreten sind, werden von den Verbänden im Reich ausgewählt. Die Schule soll ihren Schülern, die auch daselbst wohnen, nicht nur Wissen und Fertigkeiten vermitteln, sondern zugleich auch die Möglichkeit bieten, ein gesundes, von den Hemmungen und dem Druck des Proletariats befreites Leben zu führen. Daher ist die Schule nicht in die Großstadt gelegt, sondern in die freie Natur. Sportanlagen, Spielplätze, Bäder und Ruheshallen ebenso wie Bibliothek, Lesesaal und Gesellschaftsraum für eine Gemeinschaft von Arbeitenden ist vorhanden. Eine geistig-körperliche Ertüchtigung, eine indirekte, erzieherische Arbeit soll die Schule, fern von dem Getriebe der modernen Wirtschaft, in aller Stille leisten.

Zwei Schulen dieser Art sind geplant, und die erste ist unweit von Berlin, bei dem Städtchen Bernau eröffnet und am 4. Mai ihrer Bestimmung bereits übergeben worden.

In einer schönen, leicht bewegten Landschaft, im märkischen Wald gelegen, bietet sich die Schule, eine Spitzenleistung moderner Baukunst, dem Beschauer dar. Mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattet kann sie bis zu 120 Schüler aufnehmen, die zu je zweien ein Zimmer bewohnen. Der Lehrbetrieb erfordert drei Klassen für je 40 Hörer, zwei Seminare für je 20 Teilnehmer, Bibliothek, Lesesaal und Lehrmittelzimmer. Die Aula für 200 Personen soll auch für Konferenzen und Feiern zur Verfügung stehen. Hinzukommen noch Büro, Speisesaal, Gesellschaftsraum, Wohnungen für zwei Lehrer, für den Verwalter und seinen Helfer, Wohnraum für das Personal und für Gastlehrer, Wirtschaftsräume, Bäder, Sport- und Spielanlagen. Sämtliche Räume in gediegener, moderner Ausführung. Es ist für alles gesorgt, damit die Schule ihrer Aufgabe gerecht werden kann. C. S c h w a r z.

Die Eröffnungsfeier der Bundesschule

Die Bundesausschuhmitglieder des ADGB, leitende Gewerkschaftsredakteure, Vertreter von Reichs-, Staats-, Kreis- und der Bernauer Stadtbehörden, sowie Vertreter befreundeter Organisationen waren am 4. Mai in den Räumen der Bundesschule erschienen. Im Festraum sprach vor etwa 200 Personen Peter Graßmann an Stelle des sich auf dem Wege der Genesung befindlichen Kollegen Theodor Leipart. Er legte in eindringlicher und trefflicher Rede die Grundsätze dar, von denen sich der ADGB leiten lassen will bei der Bildungsarbeit in der neuen Bundesschule. Nach Dankesworten für Mitwirkung bei Planung und Bau der Schule fährt Graßmann u. a. fort:

„Die Älteren unter uns in der Arbeiterbewegung haben es sich sehr sauer werden lassen müssen, um Wissen zusammenzutragen, das sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchten. Das ist heute anders geworden. Wir bedauern das nicht. Wir Älteren werden es den Jüngeren nicht, wir freuen uns, daß sie es leichter haben, aber wir sind der Meinung, daß diese leichtere Möglichkeit, über sich selbst hinauszuschauen, auch verpflichtend, und daß darum diejenigen, die heute unter wesentlich günstigeren Voraussetzungen sich ein wesentlich größeres Quantum Wissen aneignen können, damit auch die Verbindlichkeit übernehmen, dieses ihnen überantwortete größere schwere Pfund vielfältig weiterzugeben an diejenigen, die nach ihnen kommen. Was hier mit dieser Schule bezweckt wird und was den Verbänden, die opferbereit die Mittel dazu bereitgestellt haben, den Mut gegeben hat, diese erheblichen Opfer zu bringen, war eine andere Erfahrung, war ein Gebante, der sich aus manchen Mängeln der letzten Zeit ergab. Wir brauchen in stärkerem Maße als bisher in den von seiner Verpflichtung gegen sich und gegen die anderen bis zum letzten Nerv durchdrungenen ehrenamtlichen Funktionär, der die Geschichte seiner Organisation, ihres Wachstums, die Gesetze ihrer Wirksamkeit, die Möglichkeit ihrer Anwendungen und ihrer Kräfte heute nicht mehr aus eigenem so unmittelbar weiß, wie die Älteren, dem aber die Möglichkeit verschafft werden muß, und darum haben wir hier ein ganz neues Schulprinzip aufgestellt. Es sind Kurse des ADGB, aber sie sind verankert und getragen von den einzelnen Organisationen. Aus dem Betriebe kommend und wieder nach Abolvierung dieser kurzen Wochen in den Betrieb zurückkehrende männliche und weibliche Funktionäre sollen in diesen Wochen eindringen in die Geschichte, in die Verfassung, in die Struktur und in den Wesenskern ihrer Organisation, und darüber hinaus in all die großen Fragen der Sozialpolitik, des gewordenen und des werdenden Arbeitsrechts. Sie sollen die Kenntnisse erwerben, die notwendig sind zur Beurteilung der wirtschaftlichen Vorgänge und darüber hinaus sollen sie die großen Zusammenhänge von der einen Organisation zu den übrigen mit uns im Bunde vereinigten erkennen, dieser großen Armee von 5 Millionen Mitgliedern, die einen großen Heereskörper bildet, und weiter von Landeszentrale zu Landeszentrale die großen tiefempfundener täglich stärker und inniger werdenden Bindungen im Internationalen Gewerkschaftsbund. Diesem Ziel soll der Schulbetrieb dienen.

Wir Gewerkschaften haben in den letzten 12 Jahren eine sehr unterschiedliche Beurteilung erfahren. Es gab eine Zeit, da sah man uns als den ehernen Fels an, an dem sich die Wogen einer unberechtigten Bewegung zerbrachen, als den Fels, der das einzige sichere Fundament für den heutigen Staat abgab. In neuerer Zeit hat sich diese Auffassung gewandelt. Man hat in dem Lager der anßerhalb von uns Stehenden vielleicht doch härter die Größe und die Bedeutung, die wachsende, nicht nur geistig, sondern auch materiell wachsende Bedeutung unserer Gewerkschaften erkannt und vielleicht ist man über diese Größe erschrocken und hat infolgedessen einen neuen Feldzug gegen uns eingeleitet, der uns nicht nur materiell schwächen, sondern der uns auch geistig isolieren soll. Vorgänge dieser Art schrecken uns nicht. Wir wissen, daß wir eine große Mission zu erfüllen haben, und wir wissen, daß wir sie nicht nur für eng umgrenzte eigene Interessen erfüllen. Wir wollen hier eine Bildungsstätte schaffen für das Tatsächliche.

Denjenigen, die zu uns kommen, denen zu Hause vielleicht nur ein Mindestmaß an allgemeiner volkswirtschaftlicher, sozialer und sozial-ethischer Bildung hat zuteil werden können, sie sollen hier den Ansporn erhalten, an sich selbst weiterzuarbeiten, sich selbst höher zu heben, sich selbst und damit der Gegenwart und der Zukunft zu dienen.“

Bemerkenswert waren die Ausführungen des Vertreters der Reichsregierung, Ministerialdirektor S i g l e r, der sehr verbindlich sprach. Für das preussische Handelsministerium gab Staatssekretär S t a u d i n g e r interessante Dokumente aus dem Jahre 1891 bekannt, die den damaligen arbeitgeberfeindlichen Geist der Regierung (gegenüber Wilhelm Liebknechts Bildungsbestrebungen) charakterisieren.

Der Eröffnungsfeier schloß sich eine Bestätigung sämtlicher Räume unter Führung des Architekten Hans Meyer an. Vor einiger Zeit ist bereits in unserer Bildungsbeilage über die Bundesschule berichtet worden. Nun steht sie zum festgesetzten Termin fertig da. Wir hatten bereits Gelegenheit, Teilnehmer unseres ersten Kurses dort zu begrüßen. Möge der gute Geist, der die Eröffnungsveranstaltung besetzte, auch weiterhin in den schönen und zweckmäßigen Räumen obwalten. d.

Betriebseinnahmen und Personalausgaben bei den Berliner Städtischen Werken, im besonderen bei der BVG.

II. Die BVG. und die anderen Berliner städtischen Werke.

Die festgestellten Unterschiede zwischen den Berliner städtischen Betrieben sind nun keineswegs äußerlicher oder zufälliger Natur. Sie sind vielmehr eine Folge der inneren Beschaffenheit der Unternehmungen. Die Elektrizitätswerke sind hinsichtlich der Erzeugung wie der Verteilung und des Abjages der Energie ein ausgesprochener Großbetrieb. Man stelle sich die Großkraftwerke Klingenberg oder das im Bau begriffene Westwerk vor mit ihren riesigen Maschinen- und Kessleinheiten, und man wird erkennen, daß die Produktivität, d. h. die Wertzeugung des einzelnen Arbeiters, hier auf sehr große Beträge steigt. Auch die Betriebseinnahmen fließen den Elektrizitätswerken in verhältnismäßig großen Einzelsummen zu. Die Elektrizitätsrechnungen werden monatlich einmal kassiert. Es gibt Stromabnehmer, deren monatlicher Energieverbrauch in die Tausende, ja sogar in die Hunderttausende von Mark geht. Das Inkasso der Elektrizitätswerke erfordert also trotz der zahlreichen Kleinabnehmer verhältnismäßig geringe Ausgaben. Ähnlich liegt es bei den Gas- und Wasserwerken.

Ganz anders dagegen liegen die Verhältnisse bei dem BVG.-Unternehmen. Der einzelne Straßenbahn- oder Omnibusfahrer bedient eine Maschine, deren Leistung nicht wie bei den Elektrizitätswerken Zehntausende von Pferdestärken, sondern selten mehr als hundert Pferdestärken beträgt. Die Betriebseinnahmen fließen dem Unternehmen nicht hunderte Mark- oder auch nur markweise zu, sondern größtenteils in Pfennigbeträgen. Als Folge dieser technischen und wirtschaftlichen Sachlage ergibt sich, daß der Verkehrsbetrieb ein verhältnismäßig großes Maschinenpersonal (Fahrer) und Inkassopersonal (Schaffner) halten muß. Wenn die Versorgungsunternehmen (Gas, Wasser, Elektrizität) Großbetriebe sind, so weist das Verkehrsunternehmen trotz der Massenhaftigkeit der Beförderungszahlen noch viele Züge des Kleinbetriebes auf. Nur die U-Bahn stellt im Vergleich zu den Oberflächenverkehrsmitteln eine gewisse Entwicklung in Richtung auf den Großbetrieb dar. Der vorgeschrittenere technische und kaufmännische Stand der Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser, Elektrizität) erfordert ein hochqualifiziertes Personal an Angestellten und Arbeitern, die besser bezahlt werden müssen und wegen der gesteigerten Produktivität auch bezahlt werden können. Das Verkehrsunternehmen dagegen mit seiner weniger entwickelten Technik oder, was dasselbe bedeutet, mit der geringeren Produktivität des einzelnen Mannes, ist wirtschaftlich schwer in der Lage, dasselbe Lohnniveau durchzuhalten.

Die Frage, wie die Einkommens- und die Arbeitsverhältnisse der Belegschaft der BVG. zu heben seien, gehört zu den wichtigsten Problemen der Berliner kommunalen Verwaltung, aber gleichzeitig auch zu den schwierigsten. Zweifellos ist der gewerkschaftliche Zusammenschluß aller Angestellten und Arbeiter eine unumgängliche Voraussetzung, wenn die wirtschaftliche Lage der Belegschaft gebessert werden soll. In unserer Zeit der Großbetriebe und der Massenorganisationen ist der einzelne, auf sich allein gestellt, machtlos. Nur durch die Zusammenfassung in starken politischen und wirtschaftlichen Verbänden ist es dem einzelnen heute möglich, seine Rechte und seine Interessen zu wahren. Aber mit dem Vorgehen der schweren Masse allein ist es noch nicht getan. Die bloße Formulierung von Lohnforderungen führt nicht zum Ziel, wenn die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Unternehmens derart begrenzt sind, daß die aufgestellten Forderungen nicht erfüllt werden können. Hier erwächst der gewerkschaftlichen Leitung die Aufgabe, nicht nur das Arbeitnehmerinteresse im engeren Sinne zu verfolgen, sondern darüber hinaus mitzuwirken, daß das Verkehrsunternehmen als Ganzes verbessert und gefördert wird.

Die Aufgabe, das Gesamtunternehmen der BVG. auf ein höheres Niveau zu bringen, ist zwar nicht leicht, wie ich gleich zeigen werde, aber durchaus nicht unlösbar. Es handelt sich hier vornehmlich um zwei Reihen von Maßnahmen, die durchgeführt werden müssen. Die erste Kette von Maßnahmen hat zum Ziel, das Verkehrssystem der BVG. zu rationalisieren. Die BVG. ist die Zusammenfassung der Straßenbahnen, Omnibusse und Untergrundbahnen. Auf Grund der Zusammenfassung muß das Verkehrsnetz derart umgebildet werden, daß Konkurrenzlinien der drei Betriebsteile untereinander nach Möglichkeit vermieden werden. Auch innerhalb der einzelnen Betriebsteile müssen Doppelleistungen ausgemerzt werden. Also die Zahl der Straßenbahnlinien

muß vermindert werden. Dafür müssen die Wagen auf den einzelnen Straßenbahnlinien in kürzeren Zeitabständen fahren, wodurch zweifellos der Verkehr besser bedient und insolge dessen gehoben wird. Sehr wichtig in diesem Zusammenhang ist die richtige Durchbildung aller bedeutenderen Umsteigepunkte innerhalb der Stadt. Besonders für den Umsteigeverkehr zwischen der U-Bahn einerseits, der Straßenbahn und dem Omnibus andererseits, ist bisher technisch fast gar nichts getan worden. Die BVG. hat hier von ihren privatkapitalistischen Vorgängerinnen eine sehr ungünstige Erbschaft übernommen. Die Berliner Straßenbahn-Gesellschaft, die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen und die Aboag haben ihre Verkehrsnetze nicht nach dem Gesichtspunkte entwickelt, wie das Verkehrsbedürfnis der Berliner Bevölkerung am besten zu befriedigen sei, sondern wie aus dem Verkehr der größtmögliche Profit zu ziehen wäre. Die Konkurrenz, das Bestreben, dem anderen Unternehmen möglichst viele Fahrgäste abzujauchen, war für diese Privatgesellschaften Leitmotiv ihres geschäftlichen Handelns gewesen. Deshalb wurde der Um- und Uebersteigeverkehr der drei Betriebsteile untereinander geradezu erschwert und unterbunden.

Nicht minder wichtig als die Rationalisierung des Liniennetzes ist aber auch die Rationalisierung der Verkehrsmittel, d. h. der Fahrzeuge der BVG. Dieses ist die zweite Reihe der durchzuführenden Maßnahmen. Unter Rationalisierung der Verkehrsmittel verstehe ich die Vergrößerung des Fassungsvermögens der Fahrzeuge und die Erhöhung ihrer Reisesgeschwindigkeit. In dieser Richtung liegen bereits Anfänge vor. Der Straßenbahnwagen Bauart 1927, der dreiachsige Doppeldeck-Autobus und der Großprofil-Langwagen der neuesten U-Bahnlinien (Gesundbrunnen-Neukölln und Alexanderplatz-Friedrichsfelde) sind Fahrzeuge, die modernen Ansprüchen genügen. Es gibt aber auf allen drei Betriebsstellen noch zahlreiche Wagen, die als veraltet bezeichnet werden müssen. Besonders die Straßenbahn hat noch Hunderte von Triebwagen, die in ihrem Fassungsvermögen zu klein und in ihrer motorischen Ausrüstung zu schwach sind. Ähnlich, wenn auch nicht so kraß, liegen die Verhältnisse bei dem Wagenpark der Autobusse. Bei der U-Bahn ist die Stammstrecke, die bald 30 Jahre im Betriebe ist, ein schwacher Teil im Sinne des modernen Betriebes. Hier ist es erforderlich, die motorische Ausrüstung der Züge in der Weise zu verstärken, daß ein 8-Wagenzug, der jetzt aus 4 Trieb- und 4 Beiwagen besteht, in Zukunft etwa aus 6 Trieb- und 2 Beiwagen zusammengesetzt wird. Dadurch würde erreicht werden, daß die Anfahrbeschleunigung und in deren Folge auch die Reisesgeschwindigkeit vergrößert wird. Das ist notwendig, wenn die Stammstrecke dem Wettbewerb der erst vor kurzem elektrifizierten, viel schneller fahrenden Stadt-, Ring- und Vorortbahnen einigermaßen gewachsen sein soll. Die Vergrößerung des Fassungsvermögens der Fahrzeuge in Verbindung mit der Erhöhung ihrer Reisesgeschwindigkeit bedeutet eine wirksame Rationalisierung des Verkehrsbetriebes. Der einzelne Fahrer oder Schaffner kann im Laufe einer Dienstschaft mehr Fahrgäste befördern, als bei kleineren und langsamer fahrenden Wagen möglich ist. Die Produktivität des einzelnen Mannes wird gehoben.

Der Leser wird nun fragen, warum die vorstehend geschilderten Maßnahmen bisher nicht durchgeführt sind. Darauf ist zu erwähnen, daß alle diese Dinge viel Zeit erfordern. Die kommunalen Probleme von Berlin haben sehr große Dimensionen. Berlin ist nicht eine Stadt wie etwa Köln oder München, sondern ein Gemeinwesen, das viermal so viel Einwohner zählt wie der ihm an Größe nächstfolgende deutsche Stadtkomplex, nämlich Hamburg-Altona. Für eine Frage, wie die der Umbildung des Liniennetzes, ist nicht nur eine große Dorarbeit notwendig, sondern auch zahlreiche langwierige Auseinandersetzungen mit der Stadtverwaltung, mit den Bezirksämtern, mit örtlichen Interessenvertretungen usw. Die obigen Vorschläge, wie technische Ausgestaltung der Uebersteigepunkte, Beschaffung von neuen Straßenbahn-Motorwagen, von Autobussen, von U-Bahn-Triebwagen usw. kosten aber auch viel Geld. Die finanziellen Kräfte der BVG. sind durch die Fertigstellung der im Bau befindlichen U-Bahnstrecken vollständig angespannt. Wir müssen also vorläufig leidet auf der Stelle treten. Trotzdem ist, auch von Seiten der Belegschaft, kein Grund vorhanden, den Kopf hängen zu lassen. Ein Unternehmen wie die BVG. geht nicht unter. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten werden überwunden werden. Dr.-Ing. W. M a j e r c z i k.

Hans Baluschek

Ein Mann, durch Bekenntnis und sozialkünstlerische Leistung dem deutschen Proletariat mit Herz und Hirn zugehörig, feiert am 9. Mai seinen 60. Geburtstag. Das ist nun in Anbetracht der jugendfrischen Elastizität des heute zu ehrenden Künstlers um Gotteswillen kein besonderer Anlaß, ihn im Museum der verstaubten Raritäten zu begraben, sondern nur die dankende Erinnerung an das Werk dieses prächtigen Menschen, das in seiner künstlerischen Vollendung zu einem wesentlichen Beitrag einer noch zu schreibenden Kulturgeschichte des Proletariats wurde. Hans Baluscheks Vorfahren entstammen ukrainischen Bauernfamilien, von denen sich ein Zweig um 1800 auf preußischem Boden, in Schlesien, ansiedelte. Der Vater Baluscheks verläßt diese bodenständige Bauerntradition und wird Landmesser im preußischen

Eisenbahnverwaltungsdienst. In Breslau wurde am 9. Mai 1870 Hans Baluschek geboren. Das Elternhaus, in dem der Geist einer von der Verknöcherung des kaiserlichen Beamtentums nicht beengten freiheitlichen Gesinnung lebte, war dem jungen Baluschek eine glückliche Heimat seiner Entwicklung. Zu dieser sauberen, gesunden Luft, in der er aufwuchs, kam die frühe Berührung mit dem proletarischen Milieu und mit Arbeiterkindern. Mit dem Vater geht er in Werkstätten, Fabriken, Verkehrsanlagen und Arbeiterquartiere, deren großstädtische und industrielle Licht- und Schattenseiten in ihm einen nicht mehr auszulöschenden Eindruck hinterlassen. Hier, in dieser Welt der Arbeit und des Elends, die den mit frühreifer Beobachtungsgabe ausgezeichneten Knaben erste Bekanntschaften und Freundschaften von wähernder Dauer schließen ließ, prägen sich die ersten sozialen Erlebnisse in seine Seele. In Berlin (der Vater war nach hier versetzt worden) werden wieder Arbeiterkinder seine Freunde, und auch, nachdem er, neunjährig, von der Gemeindeschule in das Askaniische Gymnasium hinüberwechselte, bleiben diese Beziehungen in ihrer warmherzigen Natürlichkeit bestehen. Keine Frage, daß

die Bürgerföhnchen über seinen Verkehr mit der ärmlich gekleideten Proletarierjugend spotten. Baluschek machte sich auch schon seinerzeit einen Dreck daraus. Dieser Jugend fühlte er sich zugehörig. Gemeinsam verbringt er mit ihr die Sonntagsnachmittage in der alten Berliner Hafenheide, auf Rummelplätzen und in volkstümlichen Bierlokalen, um dem wirklichen Leben des Volkes auf den Leib zu rücken. Diese Zeit hat Baluscheks sozialkritisches Auge schärfen helfen. Schon erkennt der Knabe in all der grellbunten Lustigkeit der Proletariervergnügen die geistige und seelische Heimatlosigkeit des arbeitenden Volkes. Irgendwie hat er schon das Gefühl, daß das alles nur Kulissen um eine grausame Wirklichkeit sind. Tiefwurzeln die künstlerische Erlebnisse kann ihm auch die schale Gipsbäckerei der antiken Nachbildungen, die ihm in den Zeichenstunden der Schule begegnen, nicht vermitteln. Erst die große Kollektivausstellung des russischen Malers Wereschtschagin im Jahre 1882, dessen Bilder durch ein besonderes antimilitaristisches, zeitkritisches Temperament Aufsehen erregen, führt ihn auf den rechten Weg und erweckt in ihm den künstlerischen Genius. Kunst ist also, so sagt er sich, doch nicht nur ein ästhetisches Vergnügen, ist nicht um ihrer selbst willen da. Von dieser erlebnisreichen Erkenntnis beeinflusst, fängt er zu zeichnen an. Das anfängliche Kopieren nach Vorbildern befriedigt ihn nicht. Er muß sich die Umwelt in ihrem plakathaften Glanz, der über Elend und dauernde Not, die in der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie ihre Ursachen hat, hinwegtäuschen soll, selbst erobern. Proletarierköpfe, Arbeitermassen, Eisenbahnen, Mietkasernen wirft er mit Kohle und Bleistift auf das Papier. Es sind, wie der Kulturkritiker Friedrich Wendel in seinem empfehlenswerten Baluschek-Werk (bei J. H. W. Dieck, Berlin) ausführt, keine eigentlichen Studien im handwerklich-technischen Sinne, sondern dem noch ungeahnten Zwang einer künstlerischen Gesetzmäßigkeit unterworfen, „Notierung zum Ent-

wurf eines sozialen Gesamtbildes“. Auch die erste Lektüre des großen Arbeiterromans „Germinal“ von Emile Zola beeinflusst seine künstlerische Entwicklung. Ja, mehr als das; sie hilft seinem zeichnerischen und malerischen Stil durch die Aufnahme des durch Zola in der Literatur ausgebildeten sozialkritischen und gesellschaftsanalytischen Naturalismus (dem Marxismus in der Kunst!) in seiner ganzen Wesenhaftigkeit bestimmen.

Aber nicht nur die analytische Technik Zolas imponiert ihm, sondern vor allem auch das kämpferische Ethos des großen Romaniers, das sich dem aus den Tiefen heranziehenden Selbst- und Klassenbewußtsein verbrüderet. Schon in dieser Zeit sucht der nun siebzehnjährige Baluschek Anschluß an sozialistisch und sozial-



Schichtwechsel

revolutionär auferührte Kreise zu finden. Der Vater war inzwischen nach Straßund versetzt worden und um den am dortigen Gymnasium unterrichtenden Genossen Dr. Max Schütte (kürzlich in Berlin gestorben), ein Feuerkopf, der mit Bebel und Liebknecht sympathisierte und bald darauf als der erste gemahregelte Oberlehrer die Schule verlassen mußte, hatte sich ein kleiner Debattierklub von 6 bis 7 Schülern gebildet. Baluschek schließt sich diesem an und im Kreise gleichgesinnter Kameraden werden vor allem die sozialistischen Theorien in ihrer ideologischen Bezogenheit und in ihrer Wirkung auf Weltanschauungsfragen in streitbare Auseinandersetzungen gebracht. Baluschek zeigte schon hier ein sicheres Gefühl für den Einfluß jeder kulturellen Wirklichkeit in die ökonomische Gesetzmäßigkeit der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft, die auf einer kapitalistischen Anarchie beruht, und versucht durch strenge Kontrolle des Erarbeiteten den Ursachen des proletarischen Elends auf den Grund zu kommen. Er wird Sozialist aus herzogeborener Ueberzeugung, Klassenkämpfer aus der ehernen Erkenntnis von der historisch bedingten Ablösung der bestehenden bürgerlichen Anordnung

durch die proletarische Klasse. Als er 1889 das Abiturientenexamen mit bester Note bestanden hat, tritt die Frage der Berufswahl auf. Maler will er werden, es ist die selbstentschiedene Antwort. Er geht nach Berlin auf die Hochschule für bildende Künste. Selbstverständlich kann ihm die Akademie Anton von Werners, dieses bombastischen Kunsttrompeters des Wilhelminismus, abgesehen von der handwerklichen Durchbildung seines zeichnerischen und malerischen Temperaments, nicht das geringste bieten. In der Folgezeit bemüht er sich durch die Aufnahme volkswirtschaftlicher Studien die Kompliziertheit des kapitalistischen Mechanismus zu ergründen. Nachdem er 1895 die Akademie verlassen hat, beginnt er das entbehrungsreiche Leben als ein von hohen Idealen erfüllter Künstler. Er wird dann Mitarbeiter von einigen Arbeiterblättern und Zeitschriften. Er besucht Parteiverfassungen und unterstützt durch Interesse und Teilnahme den politischen Tageskampf der sozialistischen Bewegung. Und immer wieder zwingt ihn sein sozialistischer Glaube in unzähligen Bildern und Zeichnungen (in Öl mit Tempera, eine eigene Maltechnik Baluscheks, in Pastell, mit Kohle, Kreide und Feder), Kleinbürger und Arbeiter und die Deklassierten und Abgetriebenen der bürgerlichen Gesellschaft: Zuhälter, Dirnen, Landstreicher darzustellen. Als Sozialist sieht er die von kapitalistischer Barbarei verwüstete Welt und als Sozialist will er sie durch sein malerisches und zeichnerisches Werk, das in seiner sozial-künstlerischen Analyse von unerbittlicher Objektivität dem Befreiungskampf der Arbeiterschaft parallel geht, zu gestalten und zu verändern versuchen. Der Krieg wirft den Landsturmman Baluschek aus der Arbeit. Zeichnungen von einer schonungslosen Realistik entstehen.

Baluschek besitzen wir in seinen vielen Bildern und Kartons, die in meisterhafter Form Zeugnis eines neuen künstlerischen Kollektivismus sind. Walter G. Oshilewskij.

Mutter und Kind

Das Wunder der Menschwerdung



rau K., meine Nachbarnsrau, deren zehnjähriger Sprößling mit meinem Jungen dieselbe Schulklasse besucht, trifft mich auf der Straße. „Hat Ihr Junge,“ so brachte sie ganz aufgeregt hervor, „Ihnen auch aus der Schule erzählt? Denken Sie doch, was mein Junge zu mir sagte: ‚Mutti, jetzt weiß ich auch, wo die Kinder herkommen!‘ Und was meinen Sie wohl, was der Bengel darauf sagte: ‚Die Kinder bringt gar nicht der Klapperstorch, die kommen aus dem Bauch!‘ Ich war ganz sprachlos. Wie man als Mutter dasteht, die ganze Achtung vor der elterlichen Autorität verschwindet. Hans, sage ich, wo hast du dieses Zeug her? ‚Herr Lehrer M. hat uns doch heute davon erzählt, der muß es doch wissen, er hat doch selber ein Kind.‘ Nein, sagen Sie mal, Herr B., was soll man dazu sagen, ich habe es meinem Mann noch gar nicht sagen können, nein, so was brauchen neun bis zehnjährige Kinder doch wirklich noch nicht zu wissen. Sie wissen wohl noch gar nicht von der Sache, hat Ihr Junge Ihnen keinen Einladungszeitel zu dem Klassenabend gegeben?“ Ich bejahte diese Frage. „Aber Frau K., wozu diese Aufregung,“ kam ich endlich zu Wort, „mein Junge ist längst über solche Dinge aufgeklärt. Ich empfehle Ihnen aber, besuchen Sie den Elternabend, da können wir uns dann über diese Dinge mit dem Lehrer aussprechen.“

Die Eltern, in der Mehrzahl Mütter, waren zahlreicher als sonst der Einladung gefolgt, sei es aus Neugierde, oder weil ihnen die aufgeworfene Frage mit der Zeit doch brennender wurde, oder auch, um dem Lehrer einmal „tüchtig die Meinung zu sagen“. — Doch lassen wir den Lehrer berichten, was sich in meiner Schulklasse zugetragen hatte. Früher hat man zunächst die allgemeine Frage gestellt: Soll man ein Kind aufklären? Wir sind heute über das Stadium dieser Fragestellung hinaus. Wann soll man aufklären und schließlich wie, so fragen wir uns heute. Wann also? Die bündige Antwort lautet: Sobald man gefragt wird. Und ich bin gefragt worden. Das kam so:

Wir unterhielten uns im Unterricht über die Schöpfung der Welt, ich und meine neun- bis zehnjährigen Schüler. Einige der Schüler erklärten die Natur für den Motor alles Geschaffenen, andere die Kraft, andere als letzte Instanz Gott. Aus der Höhe dieser Begriffe stieg aber einer herab mit der Bemerkung: „Aber die Menschen macht doch der Storch.“ Das hat meine Mutter gesagt. — Was war da zu tun? Ich befand mich mit vierzig jungen Menschen auf der Suche nach der Wahrheit. Wer ein so ernst suchendes Auditorium hat, der hat es nicht schwer, zu antworten. Wahrheit in kindesgemäßer Form, auf jeden Fall aber Wahrheit! So sagte ich zu Willi B.: „Der Storch macht wirklich Kinder, aber das sind Storchenkinder. Und nur diese Kinder kann ein Storch bringen.“ Diese Antwort löste durch ihre Harmlosigkeit den anderen die Zunge. Einer nach dem anderen erzählte erstaunliche Einzelheiten über die Herkunft der Kinder. Gleich der erste erklärte: „Die Kinder kommen aus dem Bauch. Meine Schwester hatte einen Darm um den Hals gewickelt, als sie auf die Welt kam, da wäre sie beinahe gestorben.“ Ein anderer berichtete: „Bei uns nebenan hat eine Frau ein Kind bekommen, da hat sie ganz laut geschrien.“ Wieder ein anderer erzählte: „Als mein kleines Schwesterchen auf die Welt kam, da war es beinahe gestorben und meine Mutter auch.“ Dazu bemerkte einer: „Manchmal bekommt die Mutter einen Kaiserschnitt gemacht, der ist so“ — und der Junge machte ein Kreuzzeichen auf den Leib.

Ich hörte diesen Berichten ergriffen zu. Derrieten sie doch, daß Kinder mehr von diesen Dingen beobachten, hören und wissen, als die Erwachsenen ahnen, und zugleich zeigte sich, daß sie ein ungewöhnlicher Ernst erfaßt hatte. Hier wurde ihnen in dieser Stunde unerwartet bestätigt, was sie dumpf ahnten oder wußten. Wie ein Kälbchen auf die Welt kommt, das wußten sie, das hatte man ihnen nicht verheimlicht. Willi B., der durch die alte Märchen-vorstellung vom Storch die Frage aufgeworfen hatte, wußte aus eigener Anschauung über die Geburt eines Kalbes Bescheid. Man habe das Kälblein mit einem Strick aus der Kuh herausgezogen. Nun wußte er mehr: Jedes Kind wächst in seiner Mutter. Wenn

es groß genug ist, kommt es aus dem Körper der Mutter heraus. — Eine Stunde später brachte uns neue Tatsachen. Hans B. erzählte wie die Kanarienvogelmutter Kinder bekommen hat. Ueberraschend erweiterte sich unsere Anschauung durch eine Beobachtung von den Fenstern unseres Schulzimmers aus. Im Feld springen zwei Hasen. Sie machen Männchen, sie Lauschen. Und haben es gar nicht nötig. Ein Junge weiß, daß jetzt Schonzeit ist. „Die Hasenmutter hat Junge im Körper,“ erklärt er. Einer befürchtet, daß die Kleinen da drinnen doch keine Luft bekämen. Da klärt ihn ein anderer auf: „Die Mutter schnappt Luft und die bekommt auch das Junge.“ Nun lenkt ein Junge ab: „Aber beim Vogel ist das anders. Das Junge wächst im Ei. Es wächst im Dotter und frißt das Eiweiß. Wenn das alle ist, pickt es innen und die Schale platzt auf. Das ist bei allen Vögeln so.“ Ein Junge stellt fest, daß die anderen Tiere, die lebende Junge auf die Welt bringen, Säugetiere heißen. Rolf H. führt uns einen ungeahnten Schritt weiter. Er behauptet, daß die Säugetiere „auch ein Ei in sich haben, in dem das Junge wächst“. Nein, das war einigen doch zu sonderbar und sie lachten ungläubig. Das forderte wieder einen heraus, der sagte: „Doch, das ist auch beim Menschen so, die Mutter hat ein Ei in sich, Eierstock heißt das. Also gehört die Mutter auch zu den Säugetieren?“ — Meine Antwort war nicht radikal, wozu auch: „So sagt man nur nicht, aber wie bei den Säugern, ist es auch beim Menschen.“

Von Kindern

Ich liebe sie, die Kinder, diese Kleinen,
Die Unbewußten, die so vieles wissen.
Die Tränen fehlen ihrem ersten Weinen.
Die erste Freude muß das Lachen missen,
Und gar so hold sind frühe Stammelworte,
Wenn sie das Köpfchen heben aus dem Kissen.
Sie harren an des Daseins Eingangspforte.
Sie nehmen stets und wissen doch zu geben
So holdes Glück, so goldne Liebesorte.
Und tun sie ersten Laumelsschritt ins Leben
Mit schwachem Fuß, dann recken wir die Hände,
Wir möchten stützen, schützen, helfen, heben,
Wir Mütter, — und wie schwach sind wir am Ende!
Senni Lehmann.

Aus diesem Gespräch, dessen Strom ich nur zu regulieren brauchte, schloß sich vorläufig der Kreis. In den Kinderköpfen haben sich aus verschwommenen Nebeln klare Linien geformt. Sie wissen nun, wo sie herkommen. Und nicht nur das. Sagen wir es einmal so: Sie sehen sich eingebettet in den Schoß der Schöpfung. — Meine Frage: Wann soll man ein Kind aufklären? haben mir die Kinder aus der Hand genommen. Die Frage

nach der Herkunft der Menschen war in unserer Schulgemeinschaft aufgewachsen, wir brauchten sie nicht herbeizuziehen. Wir haben nun den ersten Schritt in der Aufklärung getan, er war nicht schwer. Der zweite Schritt, der die physiologischen Vorgänge erhellen muß, wird allmählich zu vollziehen sein. Vergleichende biologische Betrachtungen führen zur letzten Klarheit. Der neunjährige Lu. B. hat bei der Aussprache der Schöpfungsfrage die Frage gestellt: „Warum hat Gott denn nicht zuerst die Frau gemacht, überhaupt nur die Frau, aus der Mutter kommen doch alle anderen?“ Diese kluge Frage bewies mir, daß der Junge noch ganz in der ersten Aufklärungsstadium lebt. Aus der Mutter kommen alle anderen!

Die Aufklärungsarbeit ist eine gemeinsame Arbeit für die Eltern und Schule! Den Eltern ist es oft nicht leicht, von sich aus diese wichtige Arbeit zu leisten. Die Schule hat günstige Gelegenheiten. Nur müssen die Eltern die Arbeit der Schule zu fördern suchen. Sie müssen sich offenhalten für die Nachrichten ihrer Kinder und dürfen ihre Frage nicht mit Unwahrheiten begleichen. Man braucht deshalb einer allmählichen Ausreifung der letzten Aufklärungsstadium nicht vorzugreifen. Man braucht nicht glatt aufzuklären, nur darf man sich einem Kind nicht verschließen, wenn es nach der Menschwerdung fragt.

Lautlos und ohne Widerspruch hatten die Eltern dem Vortrag des Lehrers zugehört. Sie waren tief ergriffen von den Gedanken, die sich in den jungen Köpfen breit machten. Wenn sie ihre Kinder bisher noch für so unwissend gehalten hatten, so waren sie jetzt nach der Kenntnis des Unterrichtsgesprächs überzeugt, daß die geistige Entwicklung ihrer Kinder bereits so weit gediehen ist, daß sie einer Aussprache über den Ursprung ihres Lebens nicht länger mehr aus dem Weg gehen können. Auch Frau K. sah das schließlich mit einigem Widerstreben ein und mit ihr viele andere, die den Dingen bisher ängstlich aus dem Weg gingen. Leider fanden sie noch nicht den Mut, die Aufklärung selbst vorzunehmen. So wenig der Lehrer diesen Fragen aus dem Weg gegangen war und bei der Wahrheit blieb, ja bleiben mußte, wenn er sich nicht der Unwahrheit bei den bereits aufgeklärten Schülern bezichtigen wollte. Es zeigt sich an dem Beispiel, daß die Aufklärungsarbeit der Kinder unbedingt eine gemeinsame Aufgabe für Eltern und Schule sein muß.

S. Burkhard.

Das einzige Kind

Ueber das Schicksal eines Menschen entscheiden nicht nur die angeborenen Anlagen, sondern in gleicher Weise auch die Einflüsse der Umwelt, denen er ausgesetzt ist. Erst aus dem Zusammenwirken der Innenwelt und der Umwelt läßt sich der Mensch und sein Verhalten im Leben verstehen. Die tiefsten und nachhaltigsten Eindrücke empfängt das Kind von den Menschen, mit denen es gemeinsam lebt und aufwächst.

Das Kind wird in die Familie hineingeboren und vom ersten Tag seines Lebens an gehen ständig Einflüsse auf das Kind aus. Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß das Kind für diese Reize nicht empfänglich wäre. Ein Kind, das unter einer Reihe von Geschwistern aufwächst, steht unter ganz anderen Bedingungen, als das einzige Kind. Eltern, die nur ein Kind haben, widmen diesem im allgemeinen sehr viel mehr Aufmerksamkeit und Pflege, und in der Regel wird dabei zuviel erzogen. Darin liegt aber eine große Gefahr. Das Kind braucht Freiheit, und wird ihm diese nicht gewährt, so muß es zu Spannungen kommen, die die Entwicklung des Kindes nicht günstig beeinflussen. Die Entwicklung zu beschleunigen, ist falsch, und der ständige Umgang des Kindes mit Erwachsenen macht es vorlaut und alcklug. Die ganze Zärtlichkeit der Eltern verwöhnt das einzige Kind, das darauf Anspruch erhebt, ohne seinerseits etwas dafür zu gewähren. Das Immer-viel-auf-sich-selbst-angewiesen-sein reizt übermäßig stark die Phantasie und damit auch die Sexualität. Insbesondere bleibt die Entwicklung der sozialen Gefühle des einzigen Kindes weit hinter den Kindern zurück, die mit Geschwistern aufwachsen. Das Kind muß teilen lernen; es muß seine Sachen den anderen Kindern leihen, muß abgeben von dem, was es selbst hat, wenn es dies auch nur blutenden Herzens tut; es muß lernen, die Wünsche anderer zu respektieren, anderenfalls wird das Kind zum Egoisten. Das Kind gehört unter Kinder. Einen gewissen Ersatz für die fehlenden Geschwister bieten schon die Spielgefährten, und es ist durchaus richtig, wenn die Eltern versuchen, für ihr Kind geeignete andere Kinder als Freunde zu finden. Der Ersatz bleibt aber immer unvollkommen, weil durch ihn die Eigenart der Familienbeziehungen, in denen das einzige Kind lebt, nicht berührt werden. Mag das einzige Kind auch noch so viele Freunde haben, in der Familie gilt eben alle Liebe und Pflege doch nur ihm.

Es kommt hinzu, daß die Eltern einziger Kinder meist bei Zwißigkeiten der Kinder untereinander ihrem Kind recht geben und daß sie in der Wahl der Spielkameraden allzu vorsichtig sind und so oft dem Kind einen sozialen Hochmut einpflanzen, der besser vermieden worden wäre. Solchen Gefahren vermag der Kindergarten entgegenzuwirken. Hier steht das Kind unter Kindern der Erzieherin gegenüber; es sieht, daß es keine besondere Beachtung findet, daß es sich ein- und unterordnen muß. Man kann nicht selten beobachten, daß manche der Fehler, die das einzige Kind zeigt, sich allein schon durch den Kindergarten aufheben lassen: der Trotz, die Unverträglichkeit, das ewige Rechtswollen schießen sich ab. Kluge, pädagogisch geschickte Eltern werden manche der hier erörterten Gefahren zu vermeiden wissen; aber viele, ja man kann wohl ohne Übertreibung sagen, die meisten Kinder unterliegen ihnen.

Von besonderer Bedeutung ist dann die Schule. Gerade bei den Eltern einziger Kinder besteht immer der Wunsch, das Kind der Schule zu entziehen und es allein oder in einem engen Kreis

ausgewählter Kinder unterrichten zu lassen. Man fürchtet, das Zusammen mit anderen Kindern könne dem Kind schaden, es könne von ihnen Schlechtes lernen, unangenehme Gewohnheiten annehmen. Wenn diese überzärtlichen und von Liebe verblendeten Eltern nur wüßten, einen wie schlechten Dienst sie damit ihrem Kind erweisen! Wie kann man nur glauben, daß nur das eigene Kind fehlerlos sei und nur gute Züge hätte; auch die anderen Kinder können von ihm manche Unart lernen. Gerade das reizbare, sich im Mittelpunkt wissende Kind gehört in die Schule, in die Masse der anderen Kinder, wenn ich mich einmal so ausdrücken darf, hinein. Es muß lernen, daß es keine Sonderstellung zu bean-



„Die große Mutter“
Plastik von Hannak im Dorraum der Kinderübernahmestelle, Wien

spruchen hat, daß es genau so viel und genau so wenig kann und weiß wie andere Kinder, daß es keine außergewöhnlichen Ansprüche zu stellen hat. — Der normale Mensch ist ein Gemeinschaftswesen, wie er auch ein Eigenwesen ist. Diese Doppelsichtigkeit seines Wesens begründet den ewigen Konflikt zwischen Sollen und Wollen in der Menschenbrust. Dem Kinde und Jugendlichen diesen Konflikt ersparen zu wollen, würde uns gewiß seinen Dank in der Gegenwart eintragen, sicherlich aber nicht in der Zukunft. Denn sein Hineinwachsen in die Gemeinschaft würde ihm durch die systematische Nachgiebigkeit im Kindesalter nur erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht werden. Deshalb muß das Kind sich in die Gemeinschaft der anderen einfügen und lernen, auf seine Interessen und Neigungen zugunsten anderer zu verzichten. Nur so werden sich allmählich die Züge, die für das einzige Kind typisch sind, abschleifen. Daß sie sich in der Regel nie ganz verlieren, und daß die einzigen Kinder es im Leben schwerer haben als andere, wurde schon bemerkt. Die Eltern aber sollten bei der Erziehung des einzigen Kindes ganz besonders vorsichtig und zurückhaltend sein, was nicht etwa bedeuten soll: zu rücksichtsvoll und zu zart. Sie sollten sich jedes Zuviel enthalten, das Kind möglichst langsam wachsen und reifen — sich allmählich entwickeln lassen, so wie die Natur es will, ohne Verzärtelung und Verwöhnung, aber unter der liebevollen Fürsorge, unter den wachsamten Augen der Eltern.

E. F.

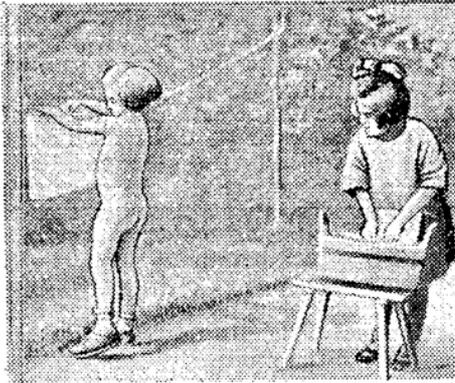
Herr Krause hatte einen Sohn

Herr Krause wollte aus seinem Sohn einen tüchtigen Mann machen. Möglichst einen braven Bankier. „Du mußt lernen und nochmals lernen, Junge“, nahm er ihn sich eines Tages vor. „Du bist jetzt fünfzehn Jahre alt und kannst noch nicht einmal mit einem Scheck auf die Bank gehen und ihn einlösen.“ „Aber Vater“, protestierte der Junge, „das ist doch kinderleicht.“ „Das ist gar nicht so kinderleicht, mein Sohn. Versuche es. Hier ist ein Scheck von tausend Mark auf mein Konto. Hole das Geld.“ Der Sohn marschierte los. Der Vater hinterher. Der Scheck wurde anstandslos eingelöst. Der Junge nahm das Geld in Empfang, zählte es vor den Augen des Beamten nach und übergab es schön geschichtet seinem Vater. „Siehst du, daß du nichts verstehst“, fauchte da Krause ihn an, „du hast zehn Hunderter bekommen. Du hast Schein für Schein umgeben und nachgezählt. Das war richtig. Wenn man aber neun Scheine gezählt und aufgehoben hat, blättert man den zehnten nicht mehr um und prüft. Vielleicht hat sich der Kassierer geirrt, und es sind elf. Da würde er es doch merken. Verstanden?“ (Aus dem „Wahren Jacob“.)

Vom Spiel zur Arbeit

Kindertümliche Beschäftigungen.

Diese Mütter sind ehrlich verzweifelt, wenn ihre Kinder immer wieder mit der Frage kommen: „Was sollen wir tun?“ Ein bequemes Mittel ist dann, sie auf die Straße zu schicken, auf daß sie dort irgendwie Gefährten zum Spiel finden. Aber die Straße ist gefährlich. Kleinen wie großen Kindern drohen dort körperliche und seelische Gefahren. Der Spielplätze sind wenige, und zudem



Große Wäsche

ist das Wetter für den Aufenthalt im Freien oft ungeeignet. Auf den Treppentufen und Höfen ist das Spielen nicht erlaubt. Also bleibt nur die Stube. — Obige Frage des Kindes an die Mutter ist schon immer das Zeichen einer falschen Erziehung. Es gilt das Kind daran zu gewöhnen, allein mit sich fertig zu werden. Ältere Säuglinge vergnügen sich mit ihren Händchen, mit einer Klapper, mit weißem Seidenpapier, das sie zerreißen dürfen. Laufkinder sollten einen geschützten Winkel haben (Laufställen), in dem sie sich frei bewegen dürfen. Ein paar Bausteine, ein Gummi- oder Wollball (aus Resten von der Mutter gearbeitet), evtl. ein hölzernes Tier (vom Vater ausgesägt und auf ein Brettchen geleimt), das sie umherfahren können, genügt in diesem Alter völlig. Die Phantasie der Kinder ist so groß, daß sie aus Holzstäbchen und einigen alten Lappen unendlich Vieles hervorzubringen können. Kein Kind braucht viele Spielsachen, um vergnügt zu sein.

Vom dritten Lebensjahr an sollte sich der Kreis der Beschäftigungen erweitern, denn der Geist des Kindes braucht jetzt neue Nahrung zur Entwicklung. Aber auch nun bleibe der Grundsatz der Selbstbetätigung bestehen. Eine erste Anleitung muß oft gegeben werden. Jede weitere Unterstützung hemmt dagegen die Eigentätigkeit des Kindes. Hat das Kind Geburtstag, so schenke man ihm kein fertiges Spielzeug, das gewöhnlich — wenn man seine geringe Haltbarkeit bedenkt — viel zu teuer ist, sondern Spielmaterial, etwa lose Bausteine in verschiedenen Formen, oder einige Bogen Buntpapier mit Schere (abgestumpfte Spitze) und photographischen Kleister, so daß das Kind sich Gegenstände des täglichen Lebens: Blumen, Tiere, Menschen, oder reine Phantasiegebilde, ausschneiden oder aufkleben kann. Ebenso beliebt sind einige Bogen weißes Zeichenpapier und gute (d. h. haltbare und gut färbende) Buntstifte. Immer sollten es Dinge sein, die noch nicht fertig sind, sondern mit denen man etwas nach eigenem Belieben anfangen kann. So ist auch das Gestalten aus Ton und Plastilin, selbst das Arbeiten am Sandkasten, eine kindertümliche Beschäftigung, die auch geistig leichter zu bewältigen ist als Ausschneiden und Zeichnen.

Erzählt die Mutter eine Geschichte, so können die Kinder sie hinterher bildlich darstellen. Nur müssen die Erwachsenen die kindliche, primitive Art der Wiedergabe verstehen, sie dürfen nicht ironisch lächeln oder das Ganze als Unsinn unterbewerten. Ein durch falsches Urteil niedergedrücktes Kind verliert die Freude an seinem Tun.

Auch die Darstellung von Erzählungen und Märchen durch die Kinder selbst ist kindmäßiges Ausdrucksmittel. Es ist fabelhaft, wie Kinder mit den einfachsten Mitteln die „Bühne“ herstellen und sich in die Rolle anderer Personen versetzen können: der Platz unter dem Tisch ist das „Meer“, die Fußbank das „untergehende Schiff“. Ein Schal macht zur Großmutter, eine Brille zum Professor. Können die Eltern es einrichten, so gebe man jedem Kind ein winziges Reich für sich, in dem es nach Belieben schalten kann, und sei es nur eine Schublade oder eine Schachtel, die sein eigen ist. Denn auch schon das Kind hat seine Geheimnisse, um die es bangt, und die es im Innersten verschließen möchte. Wer einmal erlebt hat, was so eine Jungenhosenentasche alles fassen kann und was als „notwendig zum Spiel“ erklärt wird, der weiß, daß seine Begriffe von Notwendigkeit und Nützlichkeit von denen der Kinder himmelweit verschieden sind.

Hilfsleistungen der Kinder in Haus und Kindergarten.

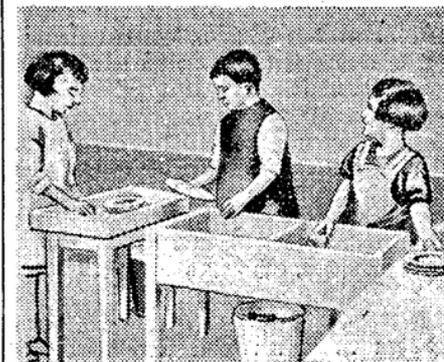
„Mutti!“ — „Was willst du denn schon wieder?“ — „Auch helfen, Wäsche waschen!“ — „Ach, geh, du hälst mich ja nur auf! Da, spiel mit deinen Bauklötzen!“ — Der Bub trotzt in die Ecke. Mißgegrüht. Er hätte so gerne gewaschen. So wie die Mutter. Na, denn nicht. Und er nimmt seine Bauklötze vor. —

Ein alltägliches Erlebnis. So verständlich, wenn man die schwere Arbeit der Hausfrau, ihre stete Heße berücksichtigt. Und doch vom psychologischen und erzieherischen Standpunkt völlig falsch. Ein gesundes Kind, das in einer arbeitsreichen Häuslichkeit aufwächst, greift von sich aus zu Schuerrappen, Wischtuch und Besen. Es will mithelfen. Beim Zweijährigen ist es die Nachahmung, die es zu diesem Tun führt. Und sein Tun ist noch nicht zweckbewußte Arbeit, sondern mehr eine Art spielerischer Tätigkeit. Aber das Kind ist glücklich dabei. Es fühlt seine Kräfte wachsen und freut sich, so tun zu dürfen, wie die „großen Leute“. Denn auch das Kind will schon etwas leisten, will nicht „klein“ und „minderwertig“ sein, sondern groß und nützlich. Das Dreijährige ist stolz, wenn es helfen darf. Wird es richtig angeleitet, so kann sich die Mutter allmählich eine wichtige Kraft heranziehen. Sie lächle nie über die kindliche Unbeholfenheit; sie zeige vielmehr, wie es richtig zu machen ist. Der gute Erzieher ist daran zu erkennen, daß er den Willen des Kindes, seinen Drang zu irgendeinem Tun, geschickt aufgreift, ihm die Freude am selbständigen Können läßt und seine Kräfte stetig und vorwärtsschreitend übt. Schon Vierjährige können tägliche kleine Pflichten erledigen: sie räumen ihr Spielzeug auf, sie decken den Tisch und räumen ihn wieder ab. Das Umgehen mit zerbrechlichen und schneidenden Dingen, wie Steingut und Messern, macht vorsichtig. Nicht das Bewahren vor ihrem Umgang. Mit kleinen Besen können auch schon Kleinkinder fegen. Sie können Geschir abtrocknen und wegräumen. Wird gewaschen, so stellt die einsichtige Mutter den Kleinen eine Schüssel hin mit Wasser und Seife und lehrt sie, die Taschentücher zu waschen.

Sie spornet an durch ihre eigene Freude, sie lobt jeden Erfolg. Und, was wichtig ist: sie geht nicht über die Kraft der Kinder hinaus, weder durch zu schwere, noch durch zu anhaltende Arbeit. Sonst verlieren sie nämlich die Lust, sie sehen keinen Erfolg, werden müde und lässig.

Selbstverständlich wird die Anleitung zu diesem Tun, die immer mit liebevoller Geduld und Vorsicht zu verbinden ist, der Mutter zuerst Zeit und Kraft nehmen. Und geht es ihr gesundheitlich schlecht, wird sie leicht erlahmen und wieder zur Methode des „Alles-selbst-erledigens“ zurückkehren. Aber sie muß und soll sich klarmachen, daß jede vernünftige Anleitung ihrer Kinder sich tausendfach lohnen wird. Denn nicht nur, daß diese Kinder mit Liebe und Interesse ihre Arbeiten verrichten werden, sie werden auch Pflicht und Verantwortung kennenlernen, und zwar freudig und selbständig erfüllte Pflichten. Auf diese Weise entlasten sie den Haushalt, und vor allem die Mutter. Sie erlernen müheloses Verrichtungen und Handreichungen, sie schulen ihren Blick für das Notwendige und Zweckmäßige und wachsen so natürlich und selbstverständlich in die Pflichten des Gemeinschaftslebens hinein. —

Alle diese häuslichen Arbeiten sind schon lange in gut geleiteten Kindergärten (Fröbel) und Kinderhäusern (Montessori) üblich. Die Kinder halten ihre Stube selbst in Ordnung, säubern sie, bereiten Gemüse vor, schälen Kartoffeln, pflegen Pflanzen und Tiere, helfen bei der Gartenarbeit und beim Kochen. Es ist eine Freude zu sehen, wie



Tüchtige Helfer

geschickt und fürsorglich sie werden. Sehr bald erkennen sie auch den Nutzen ihrer Arbeit, sie fühlen sich als gleichberechtigte Glieder der häuslichen Gemeinschaft. Manchmal kam es in früheren Zeiten vor, daß Mütter kamen und sich über solche „Ausnutzung“ ihrer Kinder im Kindergarten beklagten. Sie wußten nicht, daß diese Beschäftigungen das wertvollste Erziehungsmittel darstellen, das eine Gemeinschaft besitzt. H. Schumacher.

Kampf um's Brot

Die Not der amerikanischen Arbeiter zwingt in Chicago die Eisenbahner zum Streik. Bert, Tom, Billy und ihre Frauen diskutieren über die Notwendigkeit der Gewerkschaften. Das regt die schwangere Frau Billys, Sazon, zum Denken an und bringt sie auch in ein Gespräch mit der alten Mercedes, die den Kampf der Arbeiter als einen Kampf um einen Knochen bezeichnet. Kurz darauf entwickelt sich vor dem Hause Sazon's ein Streit zwischen Streikenden und Arbeitswilligen, in dessen Verlauf Bert tödlich und der Anführer der Streikbrecher durch drei Revolverkugeln verwundet wird. Als Folge des Schreckens hat Sazon eine Frühgeburt. Das Kind kommt tot zur Welt. Diese Vorgänge und die Tatsache, daß Billy selbst mit in den Streik gezogen wird, lassen ihn über die Gewerkschaften anders denken. Im Kampf um's Brot macht er sogar von seinen Fäusten Gebrauch.

IX.

Billy schwieg und ließ seiner eigenen Eiterkeit freien Lauf. Sazon stimmte ein, aber innerlich war sie entsetzt. Mercedes hatte recht. Die dummen Arbeiter stritten und schlugen sich um Arbeit, die klugen Herren fuhren in Automobilen und stritten und schlugen sich nicht. Sie mieteten sich dafür andere dumme Menschen.

„Ihr Banditen!“ wimmert der Bauernlummel, als er endlich wieder auf die Beine kommt“, fuhr Billy fort. „Hast du immer noch Lust zur Arbeit?“ frage ich. Er schüttelt den Kopf. „Du hast nur eines zu tun, du alte Bauernmähre — dir eine Fahrkarte zu kaufen. Verstanden? Eine Fahrkarte. Zurück nach dem Bauernhof mit dir! Und wenn du noch einmal in die Stadt kommst, dann machen wir Ernst mit dir. Diesmal war es nur Spaß. Wenn wir dich aber noch einmal zu fassen kriegen, dann soll deine eigene Mutter dich nicht wiedererkennen, wenn wir mit dir fertig sind.“ Und — ach, Sazon, du hättest ihn abschieben sehen sollen. Ich bin sicher, er läuft noch. Und wenn er nach Hause kommt und erzählt, wie wir sie in Oakland behandeln, dann möchte ich Dollar gegen Pfeffernüsse wetten, daß nicht ein Bauernlummel aus seinem Distrikt herzukommen wagt, um zu fahren, nein — und wenn sie ihn zehn Dollar die Stunde geben.“

„Das ist schrecklich!“ sagte Sazon und lachte dann mit gut gespielter Bewunderung.

„Ach, das ist noch gar nichts“, fuhr Billy fort. „Einige von den Genossen erwischten heute morgen einen andern Burschen. In weniger als zwei Minuten war er der schlimmste Knochenhäufen, der je in ein Hospital gebracht worden ist. Die Abendzeitungen brachten ein Derscheidnis seiner Wunden — gebrochene Nase, drei tüchtige Löcher im Kopf, die Vorderzähne ausgeschlagen, ein gebrochenes Schlüsselbein und zwei gebrochene Rippen. Na ja! Es tat ihm gut. Aber das ist noch gar nichts. Weißt du, was die San Franziskoer Fuhrleute bei dem großen Streik vor dem Erbeben machten — sie nahmen sich jeden Streikbrecher, den sie kriegen konnten, vor und brachen ihm die Arme. Mit einem Brecheisen. Damit er nicht mehr fahren konnte, verstehst du. Ja, die Krankenhäuser waren voll von ihnen. Und die Fuhrleute gewannen ja auch den Streik.“

„Aber, Billy, ist es denn notwendig, so schrecklich roh zu sein? Ich weiß gut, daß sie Streikbrecher sind und den Kindern der Streikenden das Brot aus dem Munde nehmen, um es ihren Kindern zu geben, und das ist nicht richtig, das weiß ich. Aber ist es denn notwendig, so — roh zu sein?“

„Natürlich ist es das“, antwortete Billy mit Ueberzeugung. „Wir müssen ihnen einen Schrecken einjagen — wenn wir es tun können, ohne geschnappt zu werden.“

„Und wenn ihr geschnappt werdet?“

„Dann nehmen die Gewerkschaften Rechtsanwälte, um uns zu verteidigen, wenn sie auch nicht viel taugen; denn die Richter sind ziemlich scharf auf uns, und die Zeitungen pauken ihnen immer wieder ein, daß sie uns streng und strenger bestrafen sollen. Aber soviel ist sicher, ehe dieser Streik vorbei ist, gibt es eine ganze Schar von Schwachköpfen, die wünschen, daß sie nie versucht hätten, Streikbrecher zu spielen.“

Im Laufe der nächsten halben Stunde fühlte Sazon ihrem Mann sehr vorsichtig auf den Zahn, um seine wirklichen Anschauungen zu erfahren, ob er nun auch ganz überzeugt war, daß er und die andern Fuhrleute zu solchen Gewalttaten berechtigt wären. Aber Billys Glaube an die Gerechtigkeit seiner Sache war felsenfest und tief. Für Dynamit und Mord war er jedoch nicht zu haben. Das wollten die Gewerkschaften aber auch nicht. Seine Erklärung war ungeheuer naiv, daß Dynamit und Mord sich nicht lohnten, daß so etwas die öffentliche Meinung gegen die Streiks ansachte und den Streikenden ihre Chancen verdarb. Aber einem Streikbrecher eine tüchtige Tracht Hiebe zu veraztreichen oder, wie

er sich ausdrückte, ihm einen ordentlichen Schrecken einzujagen — das war vollkommen korrekt und richtig.

„Unsere Eltern haben so etwas nie getan“, sagte Sazon schließlich. „Damals gab es weder Streiks noch Streikbrecher.“

„Nein, das stimmt“, gab Billy zu. „Das war die gute alte Zeit. Ich hätte gern damals gelebt.“ Er schöpfte tief Atem und seufzte. „Aber die Zeit kommt nie wieder.“

„Hättest du gern auf dem Lande gelebt?“ fragte sie.

„Darauf kannst du dich verlassen.“ — „Ja, aber auch jetzt leben eine Menge Menschen auf dem Lande“, sagte sie.

Aber deshalb kommen sie doch in die Stadt und nehmen uns andern die Arbeit“, lautete seine Antwort.

Ein Lichtschimmer fiel in ihr Dasein, als Billy Arbeit als Kutscher bei der großen Brücke bekam, die bei Nilles gebaut wurde. Ehe er zuschlug, hatte er sich vergewissert, daß bei dem Unternehmen nur Gewerkschaftler beschäftigt waren. Und Gewerkschaftler waren sie auch zwei Tage lang, bis die Zementarbeiter die Arbeit niederlegten. Die Unternehmer, die offenbar hierauf vorbereitet waren, stellten für die Zementarbeit Italiener ein, die nicht in den Gewerkschaften waren, worauf Zimmerleute, Eisenarbeiter und Kutscher sofort die Arbeit niederlegten, und Billy, der kein Geld für die Eisenbahn hatte, den Rest des Tages dazu verwenden mußte, nach Hause zu spazieren.

„Ich konnte nicht als Streikbrecher arbeiten“, schloß er seinen Bericht. — „Nein“, sagte Sazon, „du konntest nicht als Streikbrecher arbeiten.“

Aber sie mußte doch denken, wie es sein konnte, daß ein Mann gern arbeiten wollte, und daß es Arbeit für ihn gab, und daß er dann nicht arbeiten konnte, weil die Gewerkschaften es nicht erlaubten. Warum gab es Gewerkschaften? Und wenn sie notwendig waren, warum waren dann nicht alle Arbeiter in ihnen? Dann gab es keine Streikbrecher mehr, und Billy hatte jeden Tag Arbeit. Und sie dachte nach, wie sie sich den Sack Mehl verschaffen sollte, denn sie konnte sich längst nicht mehr den Luxus leisten, Brot zu kaufen. Und ebenso ging es vielen andern Frauen in der Nachbarschaft, so daß der kleine wallisische Bäcker seinen Laden geschlossen hatte und mit seiner Frau und seinen beiden kleinen Töchtern fortgezogen war. Wo sie hinsah, waren Not und Elend die Folge dieses Streits zwischen Arbeitern und Arbeitgebern.

Eines Nachmittags klopfte ein Fremder bei ihr an, und am selben Abend kam Billy mit Neuigkeiten etwas zweifelhafter Art nach Hause. Ihm war ein Angebot gemacht worden. Er brauchte nur zuzuschlagen und konnte als Dorarbeiter mit hundert Dollar monatlich im Stall antreten.

Die Aussicht auf eine solche Summe wirkte beinahe lähmend auf Sazon, die gerade bei einem aus Salzkartoffeln, gewärmten Bohnen und einer kleinen, trockenen, rohen Zwiebel bestehenden Abendbrot saß. Es gab weder Brot noch Kaffee oder Butter. Die Zwiebel hatte Billy aus der Tasche gezogen — er hatte sie auf der Straße gefunden. Hundert Dollar monatlich! Sie besuchte sie die Lippen und versuchte, ihre Selbstbeherrschung zu bewahren.

„Warum haben sie es dir angeboten?“ fragte sie.

„Das ist ganz einfach. Aus vielen Gründen. Der Bursche, den der Chef King und Prince bewegen läßt, ist ein Schwachkopf, und King lahmt. Außerdem haben sie eine ziemlich deutliche Vorstellung davon, daß ich es bin, der eine ganze Menge von ihren Streikbrechern arbeitsunfähig gemacht hat. Macklin ist seit vielen, vielen Jahren als Dorarbeiter bei ihnen — ich war noch ein kleiner Kerl in kurzen Hosen, als er schon Dorarbeiter war. Und jetzt ist er krank und erledigt. Sie brauchen einen andern für seine Stellung. Und ich bin ja auch seit vielen Jahren da. Und — was das wichtigste ist — ich kann die Sache übernehmen. Du weißt, ich kenne Pferde von Grund auf.“

„Denk nur, Billy!“ sagte sie kaum hörbar. „Hundert Dollar monatlich!“ „Und die anderen im Stich lassen“, sagte er.

Es war keine Frage. Es war auch keine Erklärung. Sazon konnte es verstehen, wie sie wollte. Sie sahen sich an. Sie wartete, daß er etwas sagen sollte, aber er sah sie nur weiter an. Es kam ihr vor, als sei sie an einem Wendepunkt ihres Lebens angelangt, und sie gab sich Mühe, ihr Gleichgewicht zu bewahren. Billy half ihr nicht im geringsten. Wie seine Meinung auch sein mochte, er zeigte es ihr nicht, und sein Gesicht war vollkommen ausdruckslos. Seine Augen verrieten nichts. Er sah sie nur an und wartete.

„Du — du kannst es nicht tun, Billy“, sagte sie schließlich. „Du kannst die andern nicht im Stich lassen.“

Er streckte ihr die Hand hin, und er strahlend glücklicher Ausdruck lag über seinem Gesicht.

Zweite Beiratsitzung des Gesamt-Verbandes

Cuxhaven, 25. April 1930.

Im reichgeschmückten Saal „Zur Sonne“ eröffnete Kollege Schumann die zweite Beiratsitzung am 25. April 1930. Er weist dabei auf die Gründe hin, die zur Wahl von Cuxhaven als Tagungsort geführt haben. Insbesondere galt es auch, die schöne „Heimstätte“, das Seemannsheim des bisherigen Verkehrsverbundes, jetzigen Gesamt-Verbandes, kennenzulernen. Die Delegierten wurden größtenteils in den Zimmern der Heimstätte sowie des anschließenden Hotels „Atlantico“ untergebracht. Namens der Ortsverwaltung des Gesamt-Verbandes begrüßte Kollege Casper den Verbandsbeirat.

Hierauf spricht der Referent, Dr. Neumann, über die rechtliche und soziale Bedeutung des Tarifvertrages. Das geltende Tarifrecht zeichnet sich durch zunehmende Rechtsunsicherheit aus, die durch das System der Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts hervorgerufen ist. Die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts hält sich nicht so sehr an das geschriebene Recht, sondern entscheidet von Fall zu Fall nach Rücksicht von Treu und Glauben. Diese Art von Rechtsprechung hat mit dem eigentlichen Rechtsprechen wenig zu tun und ist mehr Verwaltungspraxis geworden. Damit droht die Zerstörung gewisser Errungenschaften und Erkenntnisse der Tarifvertragsrechte. Die grundlegende Bedeutung beruht in den Normativbestimmungen, d. h. bestimmte Mindestbedingungen und Tarifnormen sind innezuhalten. So sind z. B. in Australien Sicherungen der Erfüllung des Tarifvertrages vorhanden, während sie in Deutschland nicht möglich wären. Wir haben auf dem Gebiete des Tarifrechts keine staatliche, sondern die soziale Exekution. Die Organisationen und die Tarifparteien regeln die einzelnen Tarifbestimmungen. Die Hauptverpflichtung ist dabei die Friedenspflicht. Die Vertragsschließenden sind also verpflichtet, den Frieden inne zu halten. Verbände übernehmen die Erfüllung des Tarifvertrages. Die Strafgewalt der Verbände tritt an die Stelle der staatlichen Strafgewalt. Schließlich ist als Regelung zwischen Verband und Verbandsmitglied anzusehen die Verpflichtung, alle tarifrechtlichen Bedingungen zu erfüllen. Es ist nun zu fragen: Wie hat dieses System in den letzten zehn Jahren gewirkt? Welche Mängel haben sich gezeigt und wie kann man sie abstellen? Die Träger der Tarifvertragspflicht sind die Organisationen, niemals der einzelne Arbeiter oder der einzelne Betrieb. Der einzelne Arbeiter oder die Belegschaft kann Tarifbruch überhaupt nicht begehen. Die Einstellung des Arbeitsverhältnisses ist zunächst keine tarifrechtlich widrige Handlung. Aber sie wird bedeutsam, wenn die Tarifpartei nichts tut, um die Tarifkämpfe zu beenden, etwa den Streik zu sanktionieren (oder als Arbeitgeberverband die Aussperrung des einzelnen Arbeitgebers zu sanktionieren). Alsdann entsteht der Tarifbruch der Parteien. Das sieht außerordentlich einleuchtend aus und bereitet doch viele Schwierigkeiten in der Praxis. Wir hatten schwere Konflikte zwischen Belegschaft und zuständigen Organisationen. Diese steigerten sich zeitweilig bis zum Ausschluß von Mitgliedern. So wurden z. B. bei Karstadt (Warenhaus) übertarifliche Zulagen erkämpft. Ebenso wurden beim Bau des Metallarbeiter-Hauses übertarifliche Zulagen gefordert. Ein Fall aus jüngster Zeit ist die Forderung einer günstigeren Arbeitszeit als im Tarif festgelegt bei der „Deutschen Tageszeitung“ durch die Buchdrucker.

Die Gewerkschaften konnten in all diesen Fällen gemäß ihrer Durchführungspflicht diesen Kampf nicht gutheißen. Wenn dies der kämpfenden Belegschaft gelingt, gegen den Willen der Organisation, ja unter großen Konflikten mit der Gewerkschaft, dann steigert sich die Kluft zwischen Belegschaft und Gewerkschaft außerordentlich. Nach vielfach herrschender Meinung geht oft die Tarifdurchführungspflicht so weit, daß widerspenstige Mitglieder ausgeschlossen werden müssen. Dies sind die letzten Konsequenzen des tariflichen Friedensgedankens. Aber was bedeutet heute der Tarifvertrag für die Gesamtarbeiterchaft? Man muß daher wohl oder übel mit allen Mitteln die Durchführung des Tarifvertrages fordern. Man müßte aber möglichst eine Meistbegünstigungsklausel aufnehmen. Falls ein Tarifvertragsstück oder ein Arbeitnehmer günstigere Lohnverhältnisse vereinbart, dann gelten diese übertariflichen Lohnverhältnisse als Tarif. Eine solche Klausel ist im Berliner Baugewerbe durchgesetzt.

In der tarifrechtlichen Problematik taucht die Frage auf, wie es mit der Laufdauer und Kündbarkeit des laufenden Tarifvertrages bestellt ist. Auch hier treten theoretische Einsicht und Gefühl in Konflikt. Die Theorie sagt uns, unter keinen Umständen den Tarifvertrag zu kündigen (innerhalb der Laufzeit).

Das Gefühl sagt uns, unter keinen Umständen festhalten an den unzulänglichen Löhnen (insbesondere bei Preissteigerungen usw.). Die Rechtsprechung sagt dazu: Fristlose Aufhebung oder Lösung des Tarifvertrages nur dann, wenn eine grundlegende Änderung der Verhältnisse Platz gegriffen hat. Es genügt also nicht eine teilweise Änderung des Lebensindex usw. Die Friedenspflicht ist aber doch nicht absolut. Sie verbietet nicht jeden Arbeitskampf und geht nur so weit, wie die Bestimmungen tariflich geregelt sind. Die Relativität der Friedenspflicht bedeutet, daß eine Organisation während der Dauer eines Tarifvertrages nicht gehindert werden kann, Kampfmaßnahmen vorzubereiten. Aber neuerdings gefährdet auch hier die Reichsarbeitsgerichts-Entscheidung die bisherige Praxis. So z. B. bei den Metallarbeitern bei Einführung des Bedaug-Systems, das eine äußerste Anspannung des Arbeiters bedeutet. Dieses Bedaug-System ist zwar tariflich nicht geregelt, aber man kann keinen Arbeitskampf dagegen vornehmen. Hier liegt ein Einbruch in die Grundlagen des Tarifrechts vor, die seit zwanzig und mehr Jahren maßgebend waren. Den Gewerkschaften bleibt nur übrig, sich bei der Haftung mehr oder weniger geschickt aus der Affäre zu ziehen. Der Redner geht dann ausführlich auf die einzelnen Haftungsprobleme ein.

Eine weitere Gefahr tut sich auf durch die Schaffung mehrgliederiger Tarifverträge bei Teilnahme mehrerer Gewerkschaften. Bisher glaubte man, daß jede Gewerkschaft rechtlich völlig selbständig ist, also die Verantwortung nur hätte, soweit ihre Mitglieder die Tarife nicht innehalten. Diese scheinbar gesicherten Erkenntnisse sind heute erschüttert. Das Reichsarbeitsgericht nimmt an, daß die Parteien auf jeder Seite eine Einheit bilden. Das kann insbesondere dann zu Schwierigkeiten führen, wenn die tarifschließenden Parteien nicht aus dem gleichen Lager der freien Gewerkschaft stammen. Im Baugewerbe hat man eine Bestimmung geschaffen, wonach die Parteien in einzelnen völlig selbständig sind. Eine der schwierigsten tarifrechtlichen Fragen ist die des persönlichen Geltungsbereichs des Tarifvertrages, oder anders ausgedrückt: die Grenze der Tarifmacht des einzelnen Verbandes. Hier liegen bereits 36 Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts vor; in welchen Fällen der besondere Tarif einer bestimmten Gewerkschaft Anwendung findet.

Bei der Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages ist in letzter Zeit wieder alles auf den Kopf gestellt worden durch grundsätzliche Änderungen in den Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts. Bis vor kurzem hieß es, daß nach Beendigung des Tarifvertrages die Allgemeinverbindlichkeit solange besteht, bis das Reichsarbeitsministerium sie aufhebt. Jetzt endet jede Allgemeinverbindlichkeitserklärung automatisch mit dem Ablauf des Tarifvertrages. (Persönlich hält der Referent das letztere für richtig.)

Bei der Verbindlichkeitserklärung sind verschiedene Entwicklungen möglich: 1. radikale Beseitigung der allgemeinen Geltung des Tarifvertrages, also nur für die Organisierten; 2. die Schaffung einer entgegengesetzten Bestimmung, Tarifverträge für alle; 3. die Beibehaltung der Allgemeinverbindlichkeit wie heute. Redner erläuterte die Probleme im einzelnen und weist darauf hin, daß Kollege Schumann schon auf dem Leipziger Gewerkschaftskongress sich gegen die Geltung der Tarifverträge nur für die Organisierten gewandt hat mit folgenden Gründen: Die Gewerkschaften sind gleichzeitig die politischen und staatsrechtlichen Repräsentanten der gesamten Arbeiterschaft. Daraus ergeben sich die politischen und praktischen Folgen. Gewerkschaftsorganisationen sind staatsrechtlich und verfassungsrechtlich anerkannt mit der Schlichtungsordnung, Arbeitszeitverordnung, Reichsverfassung usw. Jede Repräsentation der Arbeiterschaft hat aber nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Ferner sind eine Anzahl ökonomischer Gründe dafür maßgebend. Durch die Allgemeinverbindlichkeit werden die Mindestlöhne auch für die Unorganisierten garantiert. Damit wird die gefährliche Schmutzkonzurrenz aus dem Wege geräumt. Es wäre auch sittlich unlauter, wenn der einzelne Arbeiter das Tarifrecht (Löhne oder Arbeitszeit) unterbieten könnte. Aber auch soziale Gründe sprechen dagegen. Eine große Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind nicht organisiert. Sie müssen in den Geltungsbereich des Tarifrechts gezwungen werden. Redner geht auch hier ausführlich auf die einzelnen Fragen der Allgemeinverbindlichkeit im einzelnen ein.

Ein Kernstück der Tarifprobleme ist die Frage des normativen Teils der Tarifverträge. Ein Teil der Verbände erblickt ihr Heil

in hohen über-tarifflichen Löhnen. So z. B. beim Metallarbeiter-Verband, wo vielfach 50 Proz. der Löhne über-tarifflich sind. Das erscheint im ersten Augenblick verlockend, ist aber eine große Gefahr; denn bei absinkender Wirtschaftskondition werden die Unternehmer in der Regel zu den Tarifnormen zurückdrängen, ohne daß die Arbeiter in der Lage sind, auf tarifrechtlichem Wege dagegen vorzugehen. Auch hierüber verbreitet sich der Referent in eingehender hochinteressanter Weise. In gewissem Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt-Gesetz steht die Frage: Wie weit herrscht als Unterlage des tariflichen Lohnes ein ökonomisches Gesetz? Merkwürdigerweise besteht eine gewisse Ähnlichkeit zwischen der Theorie mancher Arbeitgeberverbände und der Kommunisten, indem beide dieses ökonomische Gesetz gelten lassen wollen. So hat z. B. früher Rosa Luxemburg und neuerdings Sternberg (KPD.) nur eine vorübergehende Steigerung der Löhne als über die ökonomische Regelung hinaus möglich erachtet. Demgegenüber halten die Gewerkschaften eine Lohnpolitik mit steigenden Ertragscharakteren für möglich. Die Grenze ist allerdings im Sozialprodukt gegeben, oder, anders ausgedrückt, mehr als das Produkt selbst kann der Lohn nicht bringen. Wir haben aber keinen freien Handel und die Gewerkschaften können den Arbeitsmarkt nicht regulieren. Auch der Staat greift regulierend ein durch die Arbeitslosenversicherung. Mithin bleibt für die Gewerkschaftspolitik ein ziemlicher Spielraum übrig zwischen den ökonomischen Gesetzen und den Lohnregulierungen durch die Tarifverträge. Redner behandelt im letzten Abschnitt seiner Ausführungen ausführlich die Frage der Soziallöhne insonderheit des Familienlohnes, wobei er bezüglich des letzteren gewisse Bedenken äußert. Der Referent kommt am Schluß seiner Ausführungen zu dem Resultat, daß es Wesen und Ziel der neuen Industrieverbände sei, die Differenzen der einzelnen Gruppen auszugleichen; das Gruppeninteresse muß zurücktreten hinter die Interessen der Gesamtarbeiterchaft.

In der Diskussion ergänzte der Tarifsekretär des Gesamt-Verbandes, Kollege Paul Schulz, die Ausführungen des Referenten in mannigfaltigster Weise aus der Praxis. Es muß darauf gesehen werden bei den Abschlüssen, daß die Unabdingbarkeit und Einheitlichkeit in den von uns betreuten Gebieten im Tarifvertrag zum Ausdruck kommt. Ob also Straßenbahn, Seeschifffahrt, öffentliche oder Privatbetriebe, für den Betrieb muß ein einheitliches Tarifrecht gelten. Das Ziel muß sein, den Grenzstreit zu beseitigen mit dem einheitlichen Tarifrecht. Dann kann auch stärker durch den Betriebsrat eine Hilfsstellung gegeben werden und das einmal eroberte Tarifrecht konsequent durchgeführt werden. Diese Forderungen werden von allen Gewerkschaften: Baugewerksbund, Metallarbeiter-Verband, Fabrikarbeiter-Verband, Bergindustriearbeiter-Verband usw. kategorisch gestellt. Der Redner spricht sich ebenfalls für die Geltung des Tarifvertrages auf dem gesamten Tarifgebiet, also auch für die Unorganisierten, aus. Sie müssen eben im Laufe der Zeit für den Verband gewonnen werden. Es bestände auch die Gefahr eines zu großen Lohndruckes, wenn die Tarifverträge nicht alle Arbeiter umfassen. Es muß weiter eine Rationalisierung der Gewerkschaftsarbeit durch ein einheitliches Tarifrecht angestrebt werden. Heute haben wir noch über 3000 Bezirks- und Reichstarifverträge für mehr denn 11 Millionen Arbeiter. Wir müssen anstreben ein einheitliches Industrieverbands-Tarifgebiet in einheitlichen Tarifverträgen. Der Redner geht dann auf die Notwendigkeit der Entwicklung des Soziallohns, besonders in den öffentlichen Betrieben, ein. Kollege Schulz behandelt auch ausführlich die Frage des Achtstundentages und weist darauf hin, daß die Forderung zum Siebenstundentag, die durch die Rationalisierung an sich durchaus berechtigt ist, dadurch zur Ergebnislosigkeit verurteilt wird, weil heute vielfach durch das Arbeitszeitgesetz noch längere Arbeitszeiten bestehen, als 48 Stunden pro Woche. Man soll auch nicht mit dem faulen Zauber kommen, daß ein Teil davon (wie für die Krankenpflege behauptet wird) Dienstbereitschaft oder Arbeitsbereitschaft sei. Jede Pflichtstunde des Arbeiters ist als Arbeitszeit anzusehen und zu bezahlen.

An der weiteren Diskussion, die sich in der Hauptsache um die Frage des Soziallohns drehte, beteiligten sich noch die Kollegen Kurpat, Breger, Dittmer, Lengersdorff, Manz und Scharlau. Im Schlußwort ging der Referent ausführlich auf einzelne Fragen der Diskussionsredner ein.

Kollege Schumann schlägt dann vor, daß die Zeichnungsberechtigung bei den Tarifverträgen in der Weise geregelt wird, daß bei Reichstarifen der Reichsabteilungsleiter oder dessen Stellvertreter die Zeichnung vollzieht, oder auch der Reichsfachgruppenleiter, wenn es sich um den Tarifvertrag einer Fachgruppe

handelt. Ebenso soll sinngemäß bei den Bezirks- und Ortstarifen verfahren werden.

Der Verbandsbeirat stimmt diesen Vorschlägen einstimmig zu. Ein entsprechender Bescheid wird dem Arbeitgeberverband zugesandt werden.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Organisation berichtet hierauf Kollege Schumann:

Es ist hier und da die Frage aufgeworfen worden, ob unser Zusammenschluß nicht etwas vorzeitig erfolgt sei. Heute kann festgestellt werden, daß alle Befürchtungen sich als gegenstandslos erwiesen haben. Wir haben in den vier Monaten nicht nur den Organisationsaufbau vollzogen, sondern abgesehen von einzelnen Schwierigkeiten ist die Zusammenarbeit überall fast reibungslos. Von inneren Kämpfen oder von nennenswerten Differenzen in taktischen Fragen kann nicht die Rede sein. Im Gegenteil, überall tritt das Bestreben deutlich zutage, die Meinungsdivergenzen sachlich auszutragen und die Organisationsarbeit erfolgreich zu gestalten. Auch die zahlenmäßige Entwicklung ist günstig, wobei zu bedenken ist, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Weiterentwicklung eigentlich nicht förderlich waren. Trotzdem ist eine wesentliche Steigerung der gesamten Mitgliedschaft festzustellen. Bei den Zusammenschlußverhandlungen im Oktober 1929 zählten Verkehrsband und die Gemeindearbeiter 650 000, die Gärtner 11 000 und die Feuerwehr 7500 Mitglieder. Insgesamt also rund 670 000 Mitglieder. Am 1. Januar 1930 hatten wir bereits insgesamt 696 000 Mitglieder zu verzeichnen. Von der Gesamtmitgliedszahl waren 41 700 Beamte oder in beamtenähnlichen Stellen und zwar 22 200 vom ehemaligen Verkehrsband und 19 500 der Gemeindearbeiter. Kollege Schumann schildert kurz die Schwierigkeiten in der Besoldungsfrage, die sich aus der Gehaltsreform von 1927 ergeben haben. Auch die Frage des Beamtenrechts ist zurzeit noch völlig ungeklärt. Ein Entwurf zum Beamtenvertretungsgesetz liegt dem Reichstag vor, ebenso ein Entwurf zur Reichsdienststrafordnung, der im Mai 1929 dem Reichskabinett zugeleitet wurde. Endlich hat auch der Reichstag bereits 1927 einen Entwurf zum Unfallfürsorgegesetz für Beamte erhalten, der ebenfalls unerledigt ist. Die Fragen des Berechtigungswesens und der Verwaltungsreform sind noch immer in der Schwebe, trotzdem seit Jahren über die Fragen eingehend verhandelt wird. Dem preussischen Innenministerium liegen Gesetzentwürfe vor über kommunale Selbstverwaltung; ferner ist ein Gesetzentwurf für Groß-Berlin dem preussischen Landtag zugegangen. Mit allen diesen Fragen hat sich unser Beamtensekretariat sowie der Beamtenbeirat und der ADB. eingehend beschäftigt. Für unsere diesbezüglichen Forderungen haben wir ein besonderes Beamtenprogramm des Gesamt-Verbandes geschaffen. Der RBA. (Reichsbund der Beamten und Angestellten) ist als Fachabteilung zweckentsprechend in den Beamtenbeirat eingegliedert worden.

Die Mitgliederzahl am 1. April 1930 ist unter Zugrundelegung der bisherigen Beitragsverrechnung und nach den Monatsberichten unserer Ortsverwaltungen an die Reichsarbeitsverwaltung auf 700 000 gestiegen, wobei wohl ein Teil der Pensionierten und Arbeitslosen nicht eingerechnet sein dürfte.

Der Vermögensbestand unseres Verbandes betrug nach dem Zusammenschluß am 1. Januar 1930 rund 24,5 Millionen = 35,20 Mk. pro Mitglied. Dabei sind aber die Vermögensbestände der Filialen, soweit sie in Werten angelegt sind, nicht miteingerechnet. Der Gesamt-Verband hat folgende Bestellungen: Häuser in Berlin (Michaelkirchplatz, Schlesische Straße, Johannisthal), Bremerhaven, Erfurt, Essen, Karlsruhe, Magdeburg, Nürnberg, Stuttgart; je zwei Häuser in: Duisburg, Hamburg, Köln a. Rh.; 1 Heimstätte in Cuxhaven; 1 Erholungsheim in Bad Sulzbach; je 1 Ferienheim in: Kochel am See, Paterborn, Travemünde, Ude-Ioh; Stedlungshäuser in: Berlin-Eichwalde, Berlin-Johannisthal, Berlin-Mahlsdorf, Berlin-Weißensee, Berlin-Zehlendorf. Unsere Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen sieht folgendermaßen aus:

Berlin: Automobil-Betriebsgenossenschaft (Beschäftigte: 40 Personen), Fenster- und Gebäude-Reinigungsgesellschaft (170 Personen).

Hamburg: „Hedag“ Ges. m. b. H., Kraftdroschkenbetrieb (90 Personen). Autobetriebsgenossenschaft (350 Personen).

Neumünster: Allg. Flensburger Autobetriebsgesellschaft „Aflag“ (120 Personen). Filialen in Flensburg, Rendsburg, Neumünster, Wismar und Delmenhorst.

Kollege Schumann gab dann ein übersichtliches Bild über die verschiedenen Mantel- und Lohn-tarife der einzelnen Reichsabteilungen und Fachgruppen. Ueber die Lohnbewegungen 1929

ist bereits in der „Gewerkschaft“ sowohl in bezug auf die Verkehrsbetriebe als auch auf die öffentlichen Betriebe eingehend berichtet worden. Wir können deshalb diesen Teil der Ausführungen übergehen. Der Gesamt-Verband hat zu wichtigen Tagesfragen in den letzten Monaten Stellung genommen. Soweit die Angriffe auf die öffentliche Wirtschaft erfolgten, ist in unserer Presse eine Kundgebung des Gesamt-Verbandes als Alarmruf erfolgt. In bezug auf die Werbetätigkeit haben wir eine Fülle von Material, insbesondere Flugblätter, Broschüren, Lichtbildvorträge usw. herausgebracht. Die Schulung der Funktionäre wird vom Gesamt-Verband durch Beteiligung an der Bundeschule des ADGB, sowie der Schule in Einz, ferner in Wirtschaftsschulen und der Akademie der Arbeit zu erreichen versucht. Die Kurse in Bernau beginnen am 4. Mai mit vierwöchentlichen Einführungskursen; später sollen in der Hauptsache 14tägige Kurse abgehalten werden. Es sollen ungefähr 800 Mitglieder im Jahre in unsere Klasse der Bundeschule nach Bernau geschickt werden. Für unsere Betriebsräte ist ebenfalls eine Fülle von Einzelmaterial zur Information usw. herausgebracht worden. In Aussicht steht noch ein Adressenverzeichnis des Gesamt-Verbandes.

Unsere Presse hatte beim Zusammenschluß noch 13 Organe anzuweisen. Wir haben die Einheitlichkeit in unserem Pressewesen trotz äußerer und innerer Mannigfaltigkeit heute zum Teil schon herbeiführen können und glauben, daß sie für die Uebergangszeit zur Zufriedenheit geregelt worden ist. Die Hauptschriftleitung ist dem Kollegen Dittmer übertragen, der auch dem Vorstand gegenüber die Verantwortung hat. Das Hauptorgan „Gewerkschaft“ erscheint allwöchentlich 12 Seiten stark (mit einer Bildungsbeilage). Es berichtet regelmäßig über die wichtigsten wirtschaftlichen, politischen, sozialpolitischen, gewerkschaftlichen Fragen. Eine knapp gehaltene „Wochenschau“ informiert jeden Kollegen über die für uns wichtigsten Ereignisse. Dem Hauptorgan sind die Fachorgane angegliedert, die den speziellen Fragen des Berufes in der Hauptsache gewidmet sind. Dem Hauptorgan liegt ferner allmonatlich das „Arbeitsrecht“ bei. Darin werden alle wichtigen Schieds- und Arbeitsgerichts-Urteile, soweit sie unser Verbandsgebiet betreffen, wiedergegeben. Ebenso werden die Fragen aus der Betriebsrätepraxis und aus den Tarifverträgen behandelt und erläutert. Für die Angestellten und Beamten in den kommunalen und staatlichen Betrieben und Verwaltungen erscheint vierzehntäglich die „Beamten-Gewerkschaft“ (Ausgabe 28 000), deren politischer, sozialer und wirtschaftlicher Teil zumeist mit dem Inhalt der „Gewerkschaft“ übereinstimmt, so daß die Einheitslinie in Taktik und Praxis grundsätzlich auch hier innegehalten wird. Die „Beamten-Gewerkschaft“ bringt außerdem die beamtenrechtlichen Fragen sowie die Behandlung der Angestellten-Sozialpolitik und der gesamten Beamtenpolitik nach den Grundsätzen des ADGB. Bei der „Hausangestellten-Zeitung“ (Ausgabe 21 000), die monatlich erscheint, wird ebenfalls die Einheitslinie in der allgemeinen Verbandspolitik durch Übernahme von Artikeln aus dem Hauptorgan gesichert. Unsere fachtechnischen Organe endlich erfreuen sich großer Beliebtheit, wie auch die Auflageziffern beweisen. Es erscheinen halbmotatlich: „Luft- und Kraftfahrt“ (Ausgabe 77 000), „Gärtner-Fachblatt“ (3500); vierzehntäglich: „Sanitätswarte“ (42 000) und monatlich: „Wirtschaft, Technik, Verkehr“ (20 000).

Die Auflageziffer des Hauptorgans mit den Fachorganen ist nach dem Stand Ende April 1930:

Ausgabe A mit „Öffentl. Dienst“	246 000
„ B „ „Verkehrsbund“	248 000
„ C „ „Post und Telegraphie“	48 000
„ D „ „Feuerwehr“	11 000
„ E „ „Gärtner“	22 000
„ F „ „Straßenbahn“	69 000
mithin: Hauptausgabe „Gewerkschaft“	644 000

Ab 1. Mai ist die Ausgabe E „Gärtner“ dem „Öffentlichen Dienst“ mit je zwei Seiten allwöchentlich eingefügt, so daß damit eine weitere Vereinheitlichung durchgeführt wird. Ob dies am Ende des Jahres auch mit den Ausgaben D und F geschehen kann, verbleibt der späteren Beschlußfassung vorbehalten. Die regelmäßige Gesamtauflage unserer Presse betrug am 25. April 1930: 835 500.

Vom Hauptvorstand werden außerdem an Funktionäre, Betriebsräte usw. regelmäßig geliefert: „Gewerkschafts-Zeitung“ 10 500, „Gewerkschaftl. Frauenzeitung“ 9000 und „Arbeitsrechtspraxis“ 3000. Ferner liefert die

Berliner Filiale an ihre Mitglieder allwöchentlich den „Aufwärts“, Berliner Gewerkschaftsorgan des ADGB, in 90 000 Exemplaren.

Von seiten der Redaktion des ehemaligen Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter (E. Dittmer) ist im Auftrage des Verbandsvorstandes seit 1922 eine „Schriftenreihe zur Aufklärung und Weiterbildung“ herausgegeben worden, die zum Teil Serienausgabe aus der „Gewerkschaft“ enthält mit entsprechender Ergänzung. Der größte Teil eignet sich auch für die Mitglieder des ehemaligen Verkehrsbundes. Preis pro Heft 50 Pf., durch unsere Verlagsanstalt „Courier“ zu beziehen. Gesamtauflage 1929: 125 800; verkauft 1929 zirka 20 000. Der Verbandsvorstand des Gesamt-Verbandes hat kürzlich beschlossen, diese Schriften als Neue Folge des G.-D. wiederum unter Leitung der Redaktion herauszugeben und entsprechend fortzusetzen. Es werden in nächster Zeit (Ende Mai) erscheinen: Nr. 1: „Das Schlichtungswesen“ von Dr. Hüfner, Nr. 2: „Ernste und heitere Erinnerungen eines Krankenpflegers“ von Paul Lepp. Weitere Schriften werden vorbereitet. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß unsere Ortsverwaltungen, insbesondere die Bildungsausschüsse (soweit solche schon vorhanden sind) rege Propaganda für diese Schriften entfalten. Unsere Presse wie unsere sonstigen Verbandschriften dienen der Information, der Propaganda, der Aufklärung und der Fortbildung und Festigung unserer gewerkschaftlichen Taktik und Grundsätze. Je einheitlicher unsere Verbandspresse, um so einheitlicher auch der Geist, der unsere Organisation befeuert.

Am Schluß führte Kollege Schumann aus: Wenn wir auch fernerhin bemüht sind, das Trennende auszuschalten und das Verbindende in den Vordergrund zu rücken, dann wird unser Zusammenstoß gute Früchte tragen und dann werden wir dem Ziele immer näherkommen: auch den letzten tätigen Arbeitnehmer dem Gesamt-Verband als Mitglied zuzuführen. Auf an die Arbeit und der Erfolg wird uns beschieden sein!

Eine Debatte schloß sich nicht an das Referat.

Kollege Orlopp wies nur noch einmal auf den gegenwärtig notwendigen Kampf für die öffentliche Wirtschaft hin. Die Tendenz, die sich an vielen Stellen bemerkbar macht, die städtischen Werke zu Aktiengesellschaften und gemischt-wirtschaftlichen Betrieben umzugestalten, muß von uns aufmerksam verfolgt werden. Von jedem Einzelfall sollte dem Vorstand sofort Mitteilung gemacht werden. Es muß vor allen Dingen dafür gesorgt werden, daß bei den abzuschließenden Verträgen an unserem sozialen Arbeitsvertrag festgehalten wird. Im übrigen ist von Fall zu Fall zu entscheiden, ob eine Umwandlung notwendig erscheint. Wo sie vorgenommen wird, müssen die erworbenen Rechte der Arbeiter restlos erhalten werden. Ebenso muß darauf gehalten werden, daß der Verkauf von Aktien nur mit Dreiviertel-Stimmenmehrheit der Stadtverordneten erfolgen kann.

Zweiter Tag.

Es folgt das Referat des Kollegen Otto Becker über: „Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeit der Bezirksverbände.“ Dorthin wurden von ihm einige Personaländerungen bekanntgegeben. Die Tätigkeit des volkswirtschaftlichen Sekretariats wird in den nächsten Tagen beginnen. Kollege Lengensdorff, Köln, siedelt nach Berlin über. Da der bisherige Bildungssekretär, Kollege Förster, bis auf weiteres beurlaubt wird, um eine Stelle in der Direktion der Dresdener Werke zu übernehmen, hat der Verbandsvorstand beschlossen, dem Kollegen Anton Reifner das Dezernat für Bildungs- und Werbefragen zu übertragen.

Nach den neuesten Feststellungen in den Mitgliedschaften sieht die Gliederung in unserem Verband folgendermaßen aus:

Reichsabteilung A: Gemeindebetriebe und Verwaltungen (225 000 Mitglieder), Leiter: Dolenske, Stellvertreter: Orlopp.

Reichsabteilung B: Reichs- und Staatsbetriebe und Verwaltungen (37 200 Mitglieder), Leiter: Stetter, Stellvertreter: Römer.

Reichsabteilung C: Handels-, Transport-, Kraft-, Luftverkehrs- und diverse Betriebe (215 000 Mitglieder), Leiter: Reiz, Stellvertreter: Schreiber.

Reichsabteilung D: Straßen-, Privat-, Hafen- und Werksbahner (72 500 Mitglieder), Leiter: Kempfner, Stellvertreter: Hoffmann.

Reichsabteilung E: Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft (40 000 Mitglieder), Leiter: Bender, Stellvertreter: Uhr.

Reichsabteilung F: Schifffahrt, Hafenbetriebe, Wasserbau (80 000 Mitglieder), Leiter: Rudolph, Stellvertreter: Köhler.

Reichsfachgruppe: „Zentralverband der Hausangestellten“ (21 000 Mitglieder), Leiter: Lambrecht.

Hierzu kommen noch die Pensionierten und Arbeitslosen.

In diesem Jahre sollen für die Reichsfachgruppen folgende Konferenzen stattfinden: Reichsfachgruppe A am 25. und 26. August 1930 in Kiel; anschließend daran Konferenz der Gas- und Wasserwerke am 27. August 1930. Reichsfachgruppe B am 15. und 16. September 1930 in München; anschließend Tagung des RBA. Reichsabteilung Schifffahrt Ende September. Bezüglich der Konferenzen für die Reichsfachgruppen sollen sich die einzelnen Bezirke zunächst einer gewissen Beschränkung befleißigen, da zu viele Konferenzen nicht im Interesse der Gesamtorganisation liegen.

Nach diesen allgemeinen Mitteilungen geht Kollege Becker ausführlich auf die Richtlinien ein, die den einzelnen Delegierten vorliegen. Da diese voraussichtlich auch in den Bezirken zur Verhandlung stehen, können wir von einer ausführlichen Wiedergabe hier Abstand nehmen.

Kollege Schumann gab hierauf die Pensionierung des Kollegen Brunner bekannt, des bisherigen Redakteurs von „Post und Telegraphie“, der dem Gesamt-Verband auf den verschiedensten Gebieten wertvolle Arbeit geleistet hat und in der Vorkriegszeit einer der Hauptträger der Eisenbahnerbewegung gewesen ist. Der Verbands-Beirat beschloß hierzu folgendes Telegramm:

„Für die jahrzehntelange im Dienste des Verbandes und der ganzen deutschen Arbeiterbewegung geleistete vorbildliche Pflichterfüllung dem scheidenden Kollegen und Mitarbeiter Louis Brunner Anerkennung und herzlichen Dank.“

Nach einigen kurzen Anfragen und entsprechender Auskunft begann hierauf der Kollege Schumann einen ausführlichen Bericht über die Statutenänderungen bzw. -Ergänzungen, soweit sie sich als notwendig erwiesen haben. Da den Delegierten eine Vorlage zugestellt worden war, die voraussichtlich ebenfalls in den Bezirken ausführlich besprochen werden dürfte, erübrigen sich an dieser Stelle die Einzelheiten.

Nach kurzen Anfragen wurde die Verhandlung am Sonnabend nachmittag mit einem knappen aber eindrucksvollen Schlußwort des Kollegen Schumann geschlossen.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Reichstagsabgeordneter Tanzen, früher Minister in Oldenburg, hat am 28. April 1930 dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Koch, Wejer, seinen Austritt aus der Demokratischen Partei erklärt. Tanzen ist mit der Bürgerblockpolitik dieser Partei unzufrieden.

Erster Mai Staatsfeiertag in Argentinien. Der Staatspräsident hat am 29. April 1930 den 1. Mai zum Staatsfeiertag in ganz Argentinien erklärt.

Frid handhabt als erster das Republikshutzgesetz. Der nationalsozialistische Minister Frid in Thüringen hat die kommunistischen Blätter „Neue Zeitung“ in Jena und „Dithüringische Arbeiterzeitung“ in Gera auf die Dauer von drei Wochen verboten und gegen die verantwortlichen Redakteure Strafantrag gestellt, unter Berufung auf das Republikshutzgesetz. Frid fühlt sich durch die beiden Blätter beleidigt. Bei Beratung des Gesetzes im Reichstag hat aber Frid als Abgeordneter heftige Oppositionsreden gehalten.

Mag Maurenbrecher †. Der ehemalige Sozialdemokrat und Verfasser der „Hohenzollernlegende“, der sich dann langsam bis zum deutschen Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“ wandelte, ist am 2. Mai 1930 als evangelischer Pastor in dem kleinen thüringischen Ort Mengersgerenth gestorben.

Internationale Rundschau

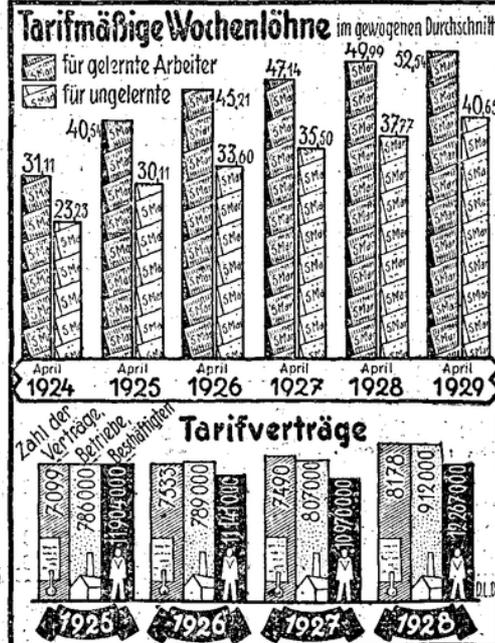
Das französische Sozialversicherungsgesetz. Nach langen und schweren Kämpfen ist es auch in Frankreich gelungen, ein Sozialversicherungsgesetz zustande zu bringen, dem allerdings noch eine Reihe Mängel anhaften. Am 1. Juli tritt ein Versicherungsgesetz in Kraft, das sich auf Krankheit, Mutterschaft, Invalidität, Alter und Sterbefall bezieht. Die Arbeitslosigkeit wurde in das Gesetz noch nicht aufgenommen, doch ist bestimmt, daß im Falle von Arbeitslosigkeit die Beiträge nicht bezahlt zu werden brauchen, ohne daß der Versicherte dadurch seine Rechte und Ansprüche verliert. Obligatorisch gelten die Lohnempfänger versichert, deren Einkommen nicht 15 000 Fr. (1 Reichsmark = 6,08 Fr.) oder 18 000 Fr. in einer Stadt von mehr als 200 000 Einwohnern übersteigt. Die Versicherungsgrenze erhöht sich bei einem Kind um 2000, bei zwei Kindern

um 4000 Fr. bis zur Höchstversicherungsgrenze von 25 000 Fr. Es sind fünf Beitragsklassen vorgesehen; die Beiträge betragen in der ersten Klasse bis 2400 Fr. 50 Cts.; in der zweiten Klasse von 2400 bis 4499 Fr. 1 Fr., in der dritten Klasse von 4500 bis 5599 1,50 Fr., in der vierten Klasse von 6000 bis 9599 Fr. 2 Fr., in der fünften Klasse von 9600 bis zur Höchstgrenze 3,50 Fr. Die Beiträge werden je zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen; die Beitragszahlungen durch Marken quittiert.

— In der Krankenversicherung besteht volle freie Arztwahl und die im voraus ausgelegten Arztkosten werden von der Kasse nachträglich zurückvergütet evtl. vorgestreckt. Die Mutterschaftsversicherung tritt sechs Wochen vor der Entbindung in Kraft und endet sechs Wochen nach dieser. Die Tagegelder werden nach dem Grundlohn berechnet, der für die Versicherten zutrifft. Die Stillprämien betragen 150 Fr. für die vier ersten Monate, 100 Fr. für den fünften und sechsten und 50 Fr. für den siebenten, achten und neunten Monat. Die Rente der Invaliditätsversicherung beträgt 40 Proz. des Lohnes für die Lohnempfänger, die sich vor dem 30. Lebensjahre einschreiben lassen. Die Rente der Altersversicherung ist auf einen Mindestsatz von 40 Proz. des jährlichen Durchschnittslohnes jeder Klasse nach einer Beitragsleistung von 30 Jahren festgesetzt. Die Pension wird um ein Zehntel für alle jene Versicherten erhöht, die wenigstens drei Kinder erzogen haben bis zum Alter von 16 Jahren. Bei der Sterbeversicherung ist die Zuwendung auf 20 v. H. des jährlichen Durchschnitts-Grundlohnes festgesetzt. — Es besteht die Möglichkeit, sich freiwillig zu versichern unter genau den gleichen Bedingungen wie die obligatorisch Versicherten. Lohnempfänger, die für gewöhnlich weniger als 90 Tage im Jahre arbeiten und Kinder unter 16 Jahren, die bei ihren Eltern tätig sind, sind der Versicherungspflicht nicht unterworfen. Ausländer, die ihren ständigen Wohnsitz in Frankreich haben, genießen die gleichen Vorteile, wie der französische Arbeiter aus dem Versicherungsgesetz mit Ausnahme der für kinderreiche Familien vorgesehenen Sonderzulagen. Die Anmeldungen der Versicherungspflichtigen müssen vor dem 1. Juli durch die Arbeitgeber eingereicht werden.

RUNDSCHAU

Tariflöhne und Tarifverträge. Seit dem Jahre 1924 hat sich der Lebenshaltungsindex in Deutschland von 120 bis über 150 (1913/14 = 100) erhöht. Die Erhöhung der Tariflöhne erfolgte in diesem Zeitraum im Durchschnitt von 31,11 Mk. auf 52,54 Mk., eine verhältnismäßig größere Steigerung, die aber vor allem dadurch bedingt wurde, daß nach der Goldmarkfestsetzung im Jahre 1923 die Löhne zunächst außerordentlich niedrig waren. Im zweiten und dritten Vierteljahr des Jahres 1929 haben sich die Tarife nicht mehr wesentlich erhöht. Der Wochenverdienst eines Arbeiters in einer der wichtigen Industrien der Vereinigten Staaten von Amerika betrug im Juli 1929 26,50 Dollar = 67,50 Mk., wobei der Lebenshaltungsindex (1913 und 1914 = 100 in Goldwerten) ungefähr gleich hoch ist wie in Deutschland. In Rußland verdient ein Arbeiter in der Woche durchschnittlich 39 bis 40 Mk. In Schweden dagegen beträgt der Wochenlohn im Jahre 1928 58,60 Mk. im Gesamtdurchschnitt aller wichtigen Industriezweige. Die Zusammenstellung der Zahl der Tarifverträge; die 1925 bis 1928 bestanden haben, zeigt deutlich den Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen im Verhältnis zu der Zahl der Betriebe. Dagegen werden immer weitere Industrien durch die Tarifverträge erfasst, sicherlich auch ein Zeichen des fortschreitenden Aufbaues der sozialen Einrichtungen Deutschlands.



Verlagsanstalt „Contour“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO16, Ulthaeftstraße 42. Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO36, Schäffische Straße 42